



**Verabschiedung der
Haushaltssatzung für die
Haushaltsjahre 2015 und 2016
sowie Fortschreibung des
Haushaltssicherungsplanes**

Reden der Vorsitzenden der Ratsfraktionen
in der Sitzung des Rates am 28. April 2015

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion	3
Gerno Böll-Schlereth, Vorsitzenden der SPD-Fraktion	15
Dr. Esther Kanschat, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	21
August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders	27
Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion	31
Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	35
Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion	39
Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die Piraten	41
Helmut Stiegelmeier, Vorsitzender der SLB-Fraktion	43

Hinweis für alle Reden:

1. Es gilt das gesprochene Wort.
2. Für die Inhalte sind ausschließlich die jeweiligen Fraktionen verantwortlich.

Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

bereits die Haushaltspläne der letzten Jahre mit den vielzähligen Konsolidierungsmaßnahmen machen klar, dass es jedes Jahr erneut einer Kraftanstrengung bedarf, den Haushalt in dieser Form auf den Weg zu bringen.

Es ist das vierte Jahr, in dem wir eine Kommune des Stärkungspaktes sind. Das verpflichtet uns zu einem Haushaltsausgleich bis 2017. Doch um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir eine Deckungslücke von 6 Mio. € schließen. Mit dem vorliegenden Haushalt zeigt unser neuer Kämmerer, Herr Bensch, dass wir es schaffen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist leider an der Zeit, nachhaltig Strukturen zu verändern, alte Seilschaften aufzudröseln und einen gerechten Verteilungsmaßstab im Sinne unserer Bürger zu finden.

Es gibt keinen Spielraum für große Wünsche und vor allem keinen Spielraum für neue Ausgaben.

Und trotzdem haben wir verschiedenste Projekte zu entscheiden und in den nächsten Wochen zu beschließen, wie die Zukunft des Forums, des Klinikum Niederbergs und die Entwicklung der Innenstadt, etc.

Die Beratungen der letzten Wochen verliefen weitestgehend sachlich. Denn uns ist klar, dass jede Änderung im Haushalt ohne Deckungsvorschlag unmöglich ist.

Meine Damen und Herren,

unerbitterlich nagt die Landesregierung aus taktischen Gründen an unserer „Rücklage“, denn in dem Frau Kraft die Städte „schön rechnet“ verkennt sie die Wirklichkeit. So werden Abgänge vom Anlagenvermögen nicht mehr wie bisher als Aufwand verbucht, sondern mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

Bürgermeister Dirk Lukrafka hat vor einigen Monaten bereits deutlich gemacht: wenn wir jetzt nicht gegensteuern, ist das Eigenkapital bald aufgebraucht. Und Velbert steht vor der Überschuldung!

Und das in Zeiten, in denen immer mehr Kostenlawinen auf uns zu rollen:
z.B. die Betreuung und Unterbringung traumatisierter Flüchtlinge, die weiter wachsenden Haushaltsdefizite durch steigende Sozial- und Jugendhilfeleistungen. An dieser Stelle können wir nicht einfach sparen, es geht um die Schicksale von Familien und vor allem um Kinder – es geht um Menschen die Hilfe benötigen!

Vor wenigen Wochen habe ich mir persönlich ein Bild von den Sprachkursen für Flüchtlinge an der Talstraße gemacht. Und ich sage Ihnen, unter den schlechten Bedingungen könnte ich keine Fremdsprache unterrichten geschweige denn erlernen!

Dramatische Lage der Kommunalfinanzen

Die dramatische Lage der Kommunalfinanzen ist nicht nur bei uns eines der drängendsten Probleme kommunaler Politik. Landauf und landab – überall zeichnet sich, bis auf wenige Ausnahmen, das gleiche Bild ab.

Der hohe Kassenkreditbestand der kommunalen Ebene und die Tatsache, dass es selbst in den „Überschussjahren“ nicht gelungen ist, diesen Bestand zu reduzieren, ist ein deutliches Indiz dafür, dass gravierende Schwachstellen im gesamten kommunalen Finanzsystem bestehen.

Für die CDU Fraktion ist es selbstverständlich den Blick auf die mittelfristige Finanzentwicklung zu richten, um frühzeitig die notwendigen Weichen für eine positive Stadtentwicklung stellen zu können.

Aber: Meine sehr geehrte Damen und Herren,

Oscar Wild sagte einmal:

„Sparsamkeit armen Leuten zu empfehlen, das scheint mir ebenso lächerlich wie beleidigend. Es ist als ob man einem Verhungerten riete weniger zu essen.“ (Oscar Wild, 1854-1900)

Denn was die Stadt Velbert braucht, sind klare und verlässliche Steuereinnahmen und keine Gewerbesteuerprognosen, die ein Kämmerer „hellsehen“ muss. Nur das kann Basis für eine nachhaltige Haushaltspolitik und für eine gesunde Stadtentwicklung sein.

Jedoch was uns bleibt ist die Hilfe zur Selbsthilfe, denn der Arbeitskreis Kommunalfinanzen der Bundesregierung hat dieses Thema erst einmal zur Seite geschoben!

Somit müssen wir ehrenamtlichen Kommunalpolitiker gemeinsam mit dem Bürgermeister und dem Verwaltungsvorstand die Verantwortung schultern und Wege für unsere Stadt finden.

Unsere Freiheit erhalten wir nur, indem wir handelnde Akteure bleiben und weitere nachhaltige Maßnahmen zur Konsolidierung – zum Sparen und für Mehreinnahmen – aufzeigen.

Gemeinsam mit SPD und Velbert anders

Wir haben in den letzten Wochen gerungen und diskutiert, wir haben mögliche Einsparpotentiale gesucht und wieder verworfen. So lehnen wir die von einigen Fraktionen geforderte Erhöhung des Gewerbesteuersatzes ab – denn das halten wir schlichtweg für falsch. Wir müssen unsere ansässigen Unternehmen stärken und nicht weiter schwächen. Auch die von der Verwaltung gern genannte Abschaffung der Geschwisterkindregelung in den Kindertagesstätten wollen wir beibehalten!

Im Rahmen dieses Prozesses wurde ganz deutlich, was wir uns in dieser Stadt zukünftig noch leisten können bzw. nicht mehr zu Lasten der nächsten Generationen leisten dürfen.

Jegliche Gebührenerhöhung bereitet uns große Kopfschmerzen. Unser langfristiges Ziel ist es, die Belastung der Velberter Bürger wieder zurückzufahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in vertrauensvoller Zusammenarbeit und in durchweg konstruktiver Arbeitsatmosphäre ist es dem Bürgermeister gelungen, einen weitestgehend konsensfähigen Haushaltsentwurf mit uns, der SPD und Velbert anders zu erarbeiten. Bereits vor der Haushaltseinbringung wurden gemeinsame Schwerpunkte in intensiven Verhandlungen festgelegt und in den Haushaltsentwurf eingebracht.

Die Aufstellung des Haushaltsentwurfes erfolgte unter der Maßgabe, bei der Kostenreduzierung zunächst alle Leistungen der Stadt kritisch auf den Prüfstand zu stellen und kreative Lösungen aufzuzeigen, um Leistungen anzupassen oder zu ersetzen. Steuererhöhungen sollten bewusst vermieden werden.

So werden wir heute, am Ende der Beratung, den vorliegenden Haushalt gemeinsam verabschieden.

Für die konstruktiven Gespräche der letzten Wochen bedanke ich mich vor allem bei den Vertretern der SPD und Velbert anders. Ich sage ganz ehrlich, unsere gemeinsamen Arbeits-Treffen haben mir viel Spaß gemacht

Aber nun im Ernst: Es war und bleibt ein mühsamer und zäher Prozess, getragen von dem Willen verantwortungsbewusster Fraktionen, bei Aufgabe eigener Positionen einen Kompromiss zu erzielen. Ich kann ihnen versichern, dass wir als CDU-Fraktion offen sind für jegliche Sachdiskussionen und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit im Rat der Stadt Velbert – auch in Zukunft!

Es wird unserer Stadt nicht helfen, wenn wir uns in politische Schlachten begeben und keine Mehrheiten im Rat zustande bekommen. Aber es wundert mich nicht, dass andere Fraktionen die Sachdiskussionen nur zur eigenen Profilierung nutzen und unser Angebot, sich mit sachlichen Vorschlägen an der Diskussion zu beteiligen, nicht angenommen haben.

Wem das Wohl Velberts am Herzen liegt, der sollte bei schwierigen Entscheidungen in Zukunft gemeinsam nach Lösungen suchen.

Positionen zum Doppelhaushalt 2015/16 – 10 Schwerpunkte

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun komme ich aber zum vorliegenden Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016:

Das Ziel ist klar: Im Jahr 2017 muss der Velberter Haushalt ausgeglichen sein. Das schreibt die Bezirksregierung in Düsseldorf vor. Der Haushaltsentwurf wies allein für die Jahre 2015 und 2016 eine Deckungslücke von rund 6 Mio. € auf. Mit der Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen wird der gemeinsame Sparkurs der Vergangenheit fortgesetzt und der Haushaltssanierungsplan eingehalten.

Wir bleiben dem Grundsatz der „seriösen Haushaltsführung“ treu, denn den aufgeführten Zahlen liegen nur realistische Einschätzungen zugrunde. Darauf bin ich sehr stolz und bedanke mich an dieser Stelle bei den Mitarbeitern der Kämmerei, der Fachbereiche und dem Kämmerer für ihre großartige Arbeit!

Meine Damen und Herren,

darüber hinaus erhoffen wir uns deutliche Einsparpotentiale durch die Prüfungsergebnisse der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA). Als Stärkungspaktkommune dürfen wir diese bei der Aufstellung der Haushaltssanierungspläne sowie bei deren Umsetzung kostenlos in Anspruch nehmen. Sobald die Ergebnisse über die verschiedenen Prüfungen vorliegen, müssen wir entscheiden, welche Maßnahmen und in welchem Umfang in den Haushaltssanierungsplan einfließen.

1. Schwerpunkt: Strukturelle Einsparungen statt Steuererhöhungen

Die unbestritten schwierige Haushaltslage der Stadt Velbert lässt sich nicht mit Steuererhöhungen lösen. Höhere Steuern sind nicht nur ungerecht, sondern wären für Velbert auch ökonomisch falsch. Nur eine verbesserte wirtschaftliche Entwicklung sorgt nachhaltig für steigende Einnahmen. Die beste Voraussetzung dafür sind möglichst niedrige Steuerbelastungen, die den Unternehmen die Mittel für Investitionen belassen und unsere Bürgerinnen und Bürger nicht zusätzlich belasten. Daher wurde der Focus bei den Konsolidierungsmaßnahmen auf strukturelle Einsparungen gerichtet. Erfreulich ist dabei, dass keine städtischen Einrichtungen von einer Schließung betroffen sind.

2. Schwerpunkt: Verwaltungsinterne Konsolidierung (Personal & Organisation)

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Stelleneinsparungen begrüßen wir ausdrücklich, wobei der CDU-Fraktion eine zukunftsgerichtete Personalentwicklung mit Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten besonders wichtig ist.

Darüber hinaus erwarten wir den Bericht der GPA, die gegenwärtig Personalbedarfsanalysen insbesondere im Hinblick auf die Kosten-Nutzen-Relationen bei freiwilligen Leistungen aufstellt. Möglicherweise ergeben sich hierdurch weitere Einsparpotentiale.

Ebenso begrüßen wir die Prüfung der Möglichkeit zur Zusammenführung der Buchhaltung für städtische Gesellschaften (VGV, VMG etc.) durch die GPA mit dem Ziel einer finanziellen Entlastung.

3. Schwerpunkt: verträgliche Gebührenanpassungen

Bei der geplanten Erhöhung der Sondernutzungsgebühren haben wir Wert darauf gelegt, dass die Gebühren für Außengastronomie ausgeklammert werden und es zu keiner weiteren Erhöhung der Grundsteuer B kommt.

4. Schwerpunkt: gerechte Nutzungsentgelte

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe EhrenamtlerInnen,

die Beteiligung Dritter an den Kosten für die Bereitstellung von Räumlichkeiten ist sicherlich die Maßnahme, die den meisten Diskussionsbedarf auslösen und für viel Gesprächsstoff sorgen wird. Doch vor dem Hintergrund der derzeit vorherrschenden Ungerechtigkeit sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf.

Derzeit gibt es nur wenige Vereine und Organisationen, die eine Miete entrichten und zumindest einen Teil der Betriebskosten für die genutzten Räumlichkeiten tragen. Auf der anderen Seite gibt es viele Nutzer, die sich weder an den Betriebskosten beteiligen, noch eine Miete zahlen. Es gibt aber auch eine Vielzahl an Vereinen, die ihre Räumlichkeiten privat anmieten oder die z.B. Gaststätten als Treffpunkt wählen.

Unser Ziel ist es, Nutzungsentgelte für städtische Immobilien in Zusammenarbeit mit den Betroffenen zu erheben. Wir wollen keinen Verein überstrapazieren, aber wir erhoffen uns nicht nur eine Kostenbeteiligung, sondern auch einen sparsameren Verbrauch an Energie durch mehr Eigenverantwortung.

Es darf nicht sein, dass über Monate vergessen wird die Heizung zu regeln und dadurch Kosten im fünfstelligen Bereich verursacht werden.

Es darf nicht sein, dass die Stadt für die Betriebskosten eines Vereinslokals mit Pizzeria aufkommt!

Oder Vereine kostenfreie Räume gegen Entgelt weitervermieten und damit Geld verdienen.

Wir wünschen uns an dieser Stelle klare Regeln und Kriterien, nach denen die Fachausschüsse über die Subventionierung von städtischen Räumlichkeiten entscheiden können.

Wir legen dabei besonders Wert auf Vereine der Kinder- und Jugendarbeit und eine Ausrichtung nach sozialen Zwecken. Die jeweilige Entscheidung soll künftig in Budgetverantwortung liegen und in den Fachausschüssen getroffen werden.

5. Schwerpunkt: Neustrukturierung von Angeboten im Jugendhilfe- und Sozialbereich

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

an dieser Stelle möchte ich erst einmal etwas Grundsätzliches sagen. Mein Herz schlägt seit vielen Jahren für die Stadtteilsozialarbeit. Die CDU Fraktion hält die dezentral organisierte allgemeine Sozialberatung als Stadtteilsozialarbeit für unersetzlich. Und wir stellen die Sinnhaftigkeit von Stadtteilzentren als Verknüpfungspunkt zur Sicherung und Weiterentwicklung

sozialraumorientierter Arbeit auf keinen Fall in Frage. Die Stadtteilsozialarbeit ist in Velbert bekannt, gut vernetzt, relativ regelmäßig und alltagsnah ansprechbar und vermittelt bei Bedarf weitergehende Hilfen. So stellen wir uns das auch in Zukunft vor!

Jedoch sage ich Ihnen auch ganz ehrlich, ich würde mir sehr wünschen, dass in allen Stadtteilzentren die gleichen niederschweligen Angebote der allgemeinen Sozialberatung den Bürgern zur Verfügung stehen. Unser Anliegen ist es, dass den Familien Zugang zu bestehenden Hilfen ermöglicht wird! Unsere Stadtteilzentren sollen offene Info- und Anlaufstellen für Bürger sein!

Wir als CDU-Fraktion haben das weder mit dem Bürgermeister, noch mit den anderen Fraktionen besprochen, aber wir bitten die Verwaltung - unter Einbeziehung von wissenschaftlichen Ergebnissen - ein Konzept zur Stadtteilorientierten Sozialarbeit zu erarbeiten. Wir könnten uns dabei vorstellen, einen Art Beauftragten für die Stadtteilsozialarbeit zu bestellen, der die Angebote koordiniert, Handlungsempfehlungen eruiert, alle Akteure für ein besseres Zusammenwirken der Hilfen vernetzt und in Fachausschüssen und im Rat regelmäßig berichtet.

Die CDU Fraktion sieht es überhaupt nicht als Widerspruch an, wenn man eine Evaluierung von Verfahrensabläufen vornimmt und Optimierungsmöglichkeiten nutzt, sofern es zu keiner Leistungseinschränkung für die Bürger kommt!

Wie dem Haushaltsplan zu entnehmen ist, will die Stadtverwaltung einige Aufgaben wieder selbst wahrnehmen, so zu nennen: **die Neugeborenenbegrüßung und die Jugendgerichtshilfe**. Wie uns der Bürgermeister und die Fachverwaltung versichern, kommt es zu keiner Reduzierung des Leistungsangebotes, d.h. Qualität und Quantität bleiben im derzeitigen Umfang erhalten.

Wir unterstützen den Vorschlag der AG der Velberter Wohlfahrtsverbände, für die Stadt kostenfreie und zusätzliche Beratungsressourcen im Bereich der **Pflege- und Wohnberatung für das Jahr 2016** bereitzustellen.

Wir freuen uns auch, dass es für den Verein **Zinnober e.V.** keine Änderung im Bereich der Trägerschaft geben wird, sondern, dass der Verein beschlossen hat, den Eigenanteil zu erhöhen und sich somit der Zuschussbedarf von Seiten der Stadtverwaltung reduziert.

Mit Blick auf die zurückliegenden Diskussionen und Gespräche der letzten Jahre, bitten wir die Verwaltung, nicht nur als „Auftraggeber“ zu fungieren, sondern vor allem ein partnerschaftliches Miteinander mit „Auftragnehmern“ zu fördern. Die freien Träger der Wohlfahrtspflege haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie die gestellten Aufgaben gut meistern und ständig nach Optimierungslösungen zum Wohle der Bürger suchen.

Meine Damen und Herren,

im Rahmen der Neugeborenenbegrüßung interessieren uns weniger die Kosten, sondern nur die Quote an durchgeführten Hausbesuchen und dem damit verbundenen Erreichungsgrad. Ich hoffe, dass wir bald wieder 90 % der Eltern erreichen, wie noch vor wenigen Jahren.

Die Neugeborenenbegrüßung stellt ein „soziales Frühwarnsystem“ in unserer Stadt dar. Die Begleitung der Familien - ab der Geburt ihres Kindes - hat zum Ziel, frühzeitig vor Kindesvernachlässigung oder Kindesmisshandlung durch präventive erzieherische Hilfen zu schützen.

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Mitarbeiter der Stadtverwaltung auch in den Stadtteilen und in den Stadtteilzentren ihre Arbeit vor Ort leisten und die dezentralen Strukturen nah bei den Familien erhalten bleiben.

Durch Prävention lässt sich in vielen Fällen vermeiden, dass Notsituationen entstehen, bei denen regulativ von der Stadt Velbert eingegriffen werden muss.

Dies möchte ich an zwei Beispielen verdeutlichen: Die Zweitkinder-Regelung im Kita-Bereich, die ein zweites Kind einer Familie von den Elternbeiträgen freistellt, muss beibehalten werden und auch auf den OGATA-Bereich ausgedehnt werden. Wenn sichergestellt ist, dass die Versorgung von Kindern im Grundschulalter nicht daran scheitert, dass Eltern den Elternbeitrag für mehrere Kinder nicht zahlen können, ist Vieles erreicht.

Ein Projekt wie die Kompetenzagentur, die in der Trägerschaft von AWO und SKFM läuft, muss fortgeführt werden. Jugendliche aus teilweise schwierigsten Verhältnissen wird hier eine Perspektive geboten, einen Ausbildungsplatz oder ein Arbeitsverhältnis zu finden, was diese Personen selbständig macht und nicht zum Hilfeempfänger abstempelt.

Neben der Stärkung der betroffenen Personen werden als Nebeneffekt auch die Sozialausgaben der Stadt Velbert unter dem Strich reduziert.

Gespannt erwarten wir auch die Ergebnisse der GPA, die gegenwärtig die Verfahrensabläufe im Bereich „Hilfen zur Erziehung“ dezidiert untersucht. Wie auch immer der Bericht ausfällt, das Wohl des Kindes steht für uns an erster Stelle. Vor allem möchten wir auch zukünftig sicherstellen, dass keine Kinder aus ihrem sozialen Umfeld genommen werden müssen und setzen uns daher auch künftig für ein Kinderheim vor Ort ein!

6. Schwerpunkt: Optimierung der Kunst- und Musikschule

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Eltern,

wir sind hier alle sehr stolz auf die preisgekrönten Leistungen der Schüler unserer Kunst- und Musikschule der vergangenen Jahre. Fakt ist aber, unsere Musik- und Kunstschule ist die teuerste in NRW und sicher auch bundesweit Spitzenreiter. Auf die Einwohner herunter gebrochen kostet die Musik- und Kunstschule jährlich 21 €, während der Landesdurchschnitt bei 8.50 € liegt. Angesichts der desolaten Haushaltssituation können wir davor nicht mehr die Augen verschließen. Uns ist bewusst, dass diese Betrachtungsweise der Kosten nur ein Maßstab für weiteres Untersuchen sein kann. Die Darstellung der Kosten ohne eine Berücksichtigung der Schülerzahl und JEKI ist im Vergleich schwierig.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat sich aber umfangreich mit der Optimierung des Angebotes bzw. der Organisation der Musik- und Kunstschule beschäftigt. Diese Ergebnisse besagen, dass der vorliegende Haushaltsansatz nur das Mindestinsparvolumen beschreibt. Im Detail muss nun geprüft werden, ob und vor allem wie weitere Einsparungen erreicht werden können.

Wir sind uns über den wichtigen Beitrag hinsichtlich der kognitiven Förderung, der kulturellen und der sozialen Bildung von Kindern bewusst. Und genau aus diesem Grund ist es jedem Kind in Velbert auch in Zukunft mit dem Projekt JEKI möglich, ein Instrument zu erlernen.

Ich habe in einem persönlichen Gespräch Herrn Eerenstein, dem Leiter der Musik- und Kunstschule gebeten, verstärkt nach Kooperationsformen z.B. mit der Folkwang-Universität der Künste in direkter Nachbarschaft zu suchen, um so die Begabtenförderung auf eine solide und zukunftsfähige Basis zu stellen. Herr Eerenstein hat in diesem Gespräch bereits weitere Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt, die ich für sehr sinnvoll halte. Bei der Einführung von Jeki im Jahre 2009 war es unser großer Wunsch, den JEKI-Unterricht als eine Art Musikunterricht in der Schule stattfinden zu lassen, da an vielen Velberter Schulen ein Engpass und eine hohe Ausfallquote im Musikunterricht vorliegen. Das verkürzt nicht nur den Lernalltag der Kinder, sondern optimiert auch die vorzuhaltende Lehrerschaft an der Musik- und Kunstschule.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, für mich liegt die größere Priorität der städtischen Kunst- und Musikschule bei der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen – nicht bei Erwachsenen. Daher sehe ich auch keinen Grund, wie in der Vergangenheit geschehen, zukünftig den Erwachsenenunterricht weiter zu subventionieren. Und einen Hinweis möchte ich an dieser Stelle auch noch geben: Velbert kann sich sehr glücklich schätzen über das gute private Angebot, wie die „Musical-Akademie Velbert“ und die „Music's Cool“ in Neviges beweisen.

7. Schwerpunkt: Senkung des Zuschussbedarfs für die Stadtbücherei

Die Dreigliedrigkeit der Stadtbüchereien möchten wir grundsätzlich aufrechterhalten und haben daher eine Arbeitsgruppe „Stadtbücherei“ eingerichtet. Allerdings ist es aus unserer Sicht erforderlich, den derzeitigen Zuschussbedarf zu senken.

Und auch an dieser Stelle sage ich Ihnen ganz ehrlich, mein Einsatz gilt auch hier der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Ziel ist es, ihre Wahrnehmungsfähigkeit für komplexe soziale Zusammenhänge zu entwickeln, das Urteilsvermögen junger Menschen zu stärken und sie zur aktiven und verantwortlichen Mitgestaltung der Gesellschaft zu ermutigen. Projekte wie „Lesestart“ und „Bilderbuchkino“ im Bereich der Leseförderung und zahlreiche Projekte wie die „Lesekiste“ in Zusammenarbeit mit den Schulen und Kitas sind hier ganz besonders herauszustellen.

Auch ist bei diesem Thema zu beachten, dass immer mehr Schulen hauseigene Büchereien mit sehr guter Ausstattung vorhalten, was sicherlich dazu führt, dass immer weniger Kinder die städtischen Angebote in Anspruch nehmen.

Bibliotheken sind darüber hinaus unersetzlich im Bereich der Informationskompetenz, der Alphabetisierung, des lebenslangen Lernens, der kulturellen Bildung und im Rahmen von stattfindenden zahlreichen Bildungsveranstaltungen.

Aber meine Damen und Herren,

sollten wir nicht trotzdem fragen dürfen, wie groß und breit das vorgehaltene Angebot an Nonprintmedien sein sollte? Wussten Sie, dass sie bei dem derzeit vorgehaltenen Angebot aktuelle Videofilme, verschiedenste Sparten von DVDs, Computerspiele und Musik-CDs ausleihen können? Und wussten Sie, dass das Online-Zeitungsportal BIBNET-Press die vollständigen Ausgaben von über 2.000 aktuellen Zeitungen und Magazinen aus über 100 Ländern und rund 60 Sprachen vorhält. Da sind 18 Euro pro Erwachsenen im Jahr doch sehr gut angelegt!

Große Herausforderungen für die nächsten Haushaltsjahre

Für die CDU hat Bildung erste Priorität – trotz Einsparungen.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, Ziel unserer CDU-Politik ist es, die Ausbildung unserer Kinder auf ein gutes Niveau zu stellen und für eine größtmögliche Chancengerechtigkeit zu sorgen. Wir haben in den letzten Jahren sage und schreibe fast 30 Mio. € in unsere Schulen investiert. Wir haben uns für den Ausbau von Ganztagsangeboten an allen Velberter Schulen im Primar- und Sekundarbereich sehr stark gemacht. Wir haben einige Schulen in einem sehr guten Zustand und alle verfügen über eine gute bis sehr gute Ausstattung.

Wir unterstützen daher auch den vorliegenden Haushaltsentwurf und den Wunsch des Bürgermeisters, weiter im Bereich des Brandschutzes und der Gebäudeinstandhaltung an unseren Schulen zu investieren.

Wenn ich von Prioritäten spreche, kann ich den Wermutstropfen der Schülerzahlentwicklung nicht ausblenden. Denn ein großes Problem bleibt, Neviges hat keine weiterführende Schule

mehr! An diesem Punkt möchte ich noch einmal etwas zu der Heinrich-Kölver-Realschule und der Historie zur Sekundarschule sagen.

2012 fand der Workshop „Schule der Zukunft / Zukunft der Schule“ in Velbert, unter fachkompetenter Leitung des Schulentwicklungsplaners Dr. Garbe, statt. Dringender Handlungsbedarf im Stadtteil Neviges wurde gemeinsam festgestellt! Die Hauptschule Hardenbergschule stand bereits aufgrund sinkender Schülerzahlen vor der Auflösung und an der Heinrich-Kölver-Realschule hatten bereits ca. ¼ aller angemeldeten Kinder nur noch eine Hauptschulempfehlung erhalten. Mit Blick auf die Demographische Entwicklung wurde gemeinsam festgestellt, dass bei der HKS von weiter sinkenden Schülerzahlen und einer schlechter werdenden Quote auszugehen ist.

2013 will man dieser Entwicklung gerecht zu werden, gründet eine Arbeitsgruppe um den Schulstandorte Neviges zu sichern. Die Vertreter des Workshops sprachen sich dafür aus, die Errichtung einer Sekundarschule am Standort Velbert-Neviges zu prüfen. Zu dieser Gruppe gehörte nicht die Politik, wie viele sicher annehmen – NEIN, die HKS und die Hardenbergschule waren die maßgeblich Beteiligten!

Auf ausdrücklichen Wunsch der HKS wurde eine kooperative und damit realschulähnliche Organisationsform gewählt. Dann erst wurde die Politik eingebunden, um für die Schulform und die Umwandlung der HKS zu werben.

Auch bei der Elternbefragung erklären sich mehr als 150 befragte Eltern positiv zur Einrichtung einer Sekundarschule! Die Vorteile liegen klar auf der Hand: ein längeres gemeinsames Lernen und eine deutlich bessere Lehrer- und Sachmittelausstattung sind bei dieser Schulform möglich.

Für uns und die Verwaltung völlig unverständlich, änderte die HKS nun ihren Standpunkt und so teilte die Schulleitung 2014 auf ihre Facebook-Seite mit, dass man zum Schuljahr 2015/16 eine Sekundarschule oder Gesamtschule errichten will. Es wird sogar dazu aufgerufen sein Kind nur an der HKS anzumelden: „Egal welche Schule errichtet werden soll, sie braucht genügend Anmeldungen. Hat sie die nicht, bleibt die HKS und nimmt auch am nächsten Anmeldeverfahren teil. Wer also sein Kind an unserer Schule sehen will, sollte es nur dort anmelden und nirgends sonst!!!“

Das was sich danach abgespielt hat, ist ihnen sicher noch hinreichend bekannt und endete mit Diffamierung, Anfeindung und einer Hetzjagd im Anmeldeverfahren! Die Initiative der HKS hat es so geschafft, dass Neviges nun über keine weiterführende Schule mehr verfügt.

Aber ich verstehe bis heute nicht, warum man sich vor längerem Lernen und einer besseren Schulausstattung so verschließen konnte. Das ist nicht im Sinne und zum Wohle der Kinder!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die demographischen Veränderungen in der Gesellschaft haben uns längst erreicht. Es gibt immer weniger Kinder. Die Bilanz wird vor keiner Schulform Halt machen. So werden wir die Schulentwicklungsplanung an den demographischen Faktor anpassen müssen! Da die Klassenbildung und somit die Versorgung der Kinder mit gesetzlich vorgeschriebenem Unterricht und genügend Lehrpersonal nicht mehr ausreichend gewährleistet sein wird. Wir können uns daher sehr gut vorstellen, in Velbert verschiedene Schulstandorte zu optimieren und im Zuge dessen ein neues **Grundschulgebäude** zu errichten, welches wichtige Standards zum Gelingen der Inklusion und dem damit verbundenen gemeinsamen Unterricht ermöglicht. Dies ist verwaltungsseitig sorgsam und mit viel Fingerspitzengefühl gemeinsam mit den Schulgemeinden vorzubereiten.

Der Unterricht förderbedürftiger Schüler an Regelschulen ist seit letztem Jahr der Normalfall (9. Schuländerungsgesetz), aber die Defizite für ein erfolgreiches Beschulen sind sehr groß. Wir unterstützen daher den Kreis Mettmann auf dem Weg zum Erhalt der **Förderschulstruktur** im Kreis Mettmann, um den Eltern die Wahlfreiheit zwischen einer Regel- und einer Förderschule zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang sind wir dankbar, dass unsere Förderschule Lernen einen Verbund mit der Schule im Ufo bilden wird. Und in Velbert künftig die Förderschwerpunkte "Lernen", „Sprache", "emotionale und soziale Entwicklung" und „geistige Entwicklung“ abgedeckt werden können.

KULTUR neu sortieren auf Basis des Veranstaltungskonzeptes

Die CDU-Fraktion blickt mit einem weinenden und einem lachenden Auge in die Zukunft der kulturellen Vielfalt unserer Stadt.

Voller Freude schauen wir auf das Bürgerhaus in Langenberg und auf den Eröffnungstermin im nächsten Jahr! Die Veranstaltungen im Bürgerhaus werden über die Stadtgrenzen hinaus kulturell leuchten und neue Besucher anlocken. Wir wünschen uns, dass sich die Kunst- und Kulturszene in Langenberg gemeinsam mit den ansässigen Künstlern sich weiterentwickeln kann und ein Alleinstellungsmerkmal für Langenberg ergibt.

Die hohen Auflagen im Bereich Brandschutz und teure Sanierungsmaßnahmen zwingen uns mit dem Forum Niederberg neue Wege mit neuen Denk- und Handlungsansätzen in Form einer Neukonzeption zu gehen.

Meine Damen und Herren,

das führt sicher zu großem Unmut und Unverständnis in der Bevölkerung, denn sie wissen nicht wie es hinter dem Vorhang aussieht, sie sehen nur die klare moderne Architektur, helle Flure und flexible Räume, die eigentlich geschaffen sind für kulturelle, geschäftliche und private Events. Aber leider ist es Tatsache, dass der Theatersaal nicht mehr bespielbar ist. Und leider ist es auch Tatsache, dass dieses große Haus viel zu häufig leer steht.

Her Syhre, Geschäftsführer des Kultur- und Veranstaltungsbetriebes (KVV), war daher gezwungen, ein neues Nutzungskonzept für das Forum Niederberg, das Bürgerhaus, das Schloss Hardenberg mit Vorburg und dem Emka-Sportzentrum zu erarbeiten.

Für den Theatersaal denkt man aktuell über ein Kino als alternative Nutzungsform nach. Für einen großen Kinosaal soll der Theatersaal anders angeordnet werden, im Bereich hinter der Bühne fänden zwei weitere Kinosäle übereinander Platz, ein weiteres käme auf eine Fläche des heutigen Museums sowie in den kleinen Saal.

Für mich persönlich erscheint das Gebäude als Korsett zu eng, in das ein Kino gezwängt werden soll. Aber auf der anderen Seite wünschen sich sehr viele Velberter endlich ein Kino für unsere Stadt. Und der Kompromiss, dass der Theatersaal uns damit für andere Veranstaltungen erhalten bleiben könnte, klingt auch verlockend. Aber ist das alles realistisch? Werden wir eine neue Bauruine schaffen? Sollten wir doch weitere Alternativen suchen?

Meine Damen und Herren,

um eine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen treffen zu können, müssen die in Auftrag gegebenen Untersuchungen schnellstens bewertet, kritisch abgewogen und auf Machbarkeit geprüft werden.

Das Forum Niederberg braucht vor allem Leben, es braucht Menschen, die ihre Freizeit dort gerne verbringen wollen. Somit halten wir die Absicht in Zukunft neben der Bücherei auch die VHS im Forum unterzubringen für sehr sinnvoll.

Und genau das braucht auch unsere Innenstadt. Diese stärken wir nur, indem wir die Friedrichstraße und die Umgebung attraktiver gestalten und Frequenzbringer in der Nähe unterbringen.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für die kurzfristige Erarbeitung des integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt bedanken, welches unter Federführung von Frau Möller entstanden ist und fristgerecht als Förderkonzept bei der Bezirksregierung eingereicht werden konnte.

Im Rahmen der Gesamtkonzeption Innenstadtentwicklung und integriertes Handlungskonzept erwarten wir von der Verwaltung, dass hier die Bevölkerung speziell auch in Fragen des Forum Niederbergs mit eingebunden wird.

Meine Damen und Herren,

ich sehe diese Entwicklung, wie gerade schon erwähnt, auch als Chance zur Weiterentwicklung des Bürgerhauses und damit für unseren Stadtteil Langenberg. Das Bürgerhaus soll der zentrale Ort für Aufführungen und Konzerte werden. Wir alle wissen zwar, dass es in Velbert dann die eine oder andere Theateraufführung mit umfassender Bühnentechnik nicht mehr geben kann, die Erreichbarkeit renommierter Schauspielhäuser und Philharmonien in der Nachbarschaft aber auch ausgesprochen gut ist. Und die Erfahrung zeigt, dass die Velberter lieber in die umliegenden Städte fahren, anstatt das gleiche Angebot hier vor Ort anzunehmen.

Eine Neuausrichtung des kulturellen Angebotes mit Blick nach Langenberg bedeutet nicht, dass wir das Forum Niederberg, wie es schon draußen diskutiert wird, aufgeben und abreißen.

Nein, meine Damen und Herren,

wir erwarten von allen Beteiligten Lösungsvorschläge, wie sich das Forum Niederberg sinnvoll in die Velberter Kulturlandschaft einbinden lässt. Das Kultur- und Veranstaltungskonzept muss umfassend sein und darf nicht aufhören bei einer Diskussion und Festlegungen von Gebühren und die Anzahl der einzurichtenden Theater/Konzert-Abos. Im ersten Schritt ist zu prüfen, was fällt alles unter unsere Definition von Kultur in Velbert. Wir haben für die Stadtteile Langenberg und Neviges gelernt, dass eine schöne Altstadt nicht ausreicht um einen Standort dauerhaft attraktiv zu halten. Die Initiativen in Langenberg wie „ALLDIEKUNST“ von dem Verein Kunsthaus Langenberg e.V. und die Bücherstadt sind Projekte, die außergewöhnlich gute Arbeit vor Ort machen und auf die ich sehr stolz bin – auch als kein ausgewiesener Kunstexperte.

Aber das hohe ehrenamtliche Engagement benötigt auch Unterstützung von Seiten der Stadt. ALLDIEKUNST als auch der Skulpturenweg sind nicht nur temporär zu sehen, sondern sie prägen das Stadtbild und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung von Velbert-Langenberg.

Auch für Velbert-Neviges müssen wir alles dafür tun, damit das Schloss und das gesamte Ensemble Schloss Hardenberg mit seinen angrenzenden Frei- und Grünflächen aus dem Dornröschenschlaf erwacht, attraktiv gestaltet wird und somit wieder Leben einzieht.

Förderung von Sport und Freizeit - Investitionen in die Zukunft

Investitionen in Sportstätten, in Freizeitanlagen und Spielplätze sind Investitionen in die Zukunft. In den vergangenen Jahren haben wir für die Sportvereine zu Verbesserung der Sportstätten-situation, trotz angespannter Haushaltslage, viel Geld investiert.

Meine Damen und Herren,

das sind sinnvolle und verantwortungsvolle Investitionen im Bereich der Kinder- und Jugendförderung. Kinder und Jugendliche werden in der Vereinsarbeit nicht nur in ihren sportlichen Fähigkeiten unterstützt und gefördert, sondern sie werden auch zu sozial verantwortlichem Miteinander erzogen. Fähigkeiten, die nicht mehr unbedingt in Familien eingeübt werden können. Und dass dieses Geld richtig eingesetzt wurde, zeigt der Zulauf an Kindern und Jugendlichen bei den Vereinen, denen wir ideale sportliche Voraussetzungen geschaffen haben. Wir müssen hier weiter machen. Von daher begrüßen wir die kurzfristig geplante Umsetzung der Sanierung der Sportanlage in Birth - auch um die Nachbarvereine die, salopp gesagt „aus allen Nähten platzen“, zu entlasten.

Die Sportanlage und damit das Stadion an der Sonnenblume ist eine weitere Sportanlage wo kurzfristig eine Entscheidung getroffen werden muss. Dem Verein, der in der höchsten Fußballklasse spielt und mittlerweile die schlechtesten Trainings- und Spielbedingungen hat, müssen wir eine Perspektive aufzeigen können. Aber nicht nur für den Verein brauchen wir eine kurzfristige Entscheidung, sondern auch für eine weitere, sinnvolle Stadtentwicklung. Die Umnutzung der heutigen Sportplatzfläche als zukünftige Wohnungsbaufäche - in der Nähe der A44 – ist seit langem ein Thema. Die zur Zeit laufenden Untersuchungen, ob die Anlage an der Sonnenblume nicht auch alternativ als Sportanlage saniert und umgebaut werden kann muss deshalb schnellstens abgeschlossen werden. Zur Entwicklung dieser Fläche haben wir bereits viel Zeit verloren, die es gilt möglichst zügig aufzuholen.

Velbert-Mitte: Einkaufstadt im Umbruch

Meine Damen und Herren,

unsere Innenstadt ist wie bereits schon erwähnt Grundlage des Integrierten Handlungskonzeptes und wir hoffen, dass es zu einer Förderzusage kommt und sie einen Umbruch durch verschiedenste Maßnahmen ab Anfang 2016 erleben wird.

Die Entwicklung der Velberter Innenstadt beobachten wir alle seit Jahren mit großer Sorge, Online-Handel und großer Shopping-Erlebnis-Center in den Nachbarstädten hinterlassen ihre Spuren. Um sie zu aktivieren, wird derzeit ein Handlungskonzept entwickelt. Alle Velberter Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich an den Planungen zu beteiligen.

Meine Damen und Herren,

lassen sie mich noch ein letztes Wort zu der guten Absicht des Bürgermeisters sagen, der in einer seiner ersten Amtshandlungen beschlossen hat, dass die Verwaltung auch mit nur noch zwei Beigeordneten handlungsfähig ist. Wir unterstützen dieses Vorgehen umfassend. Es muss aber gewährleistet bleiben, dass die Dezernenten sich auch inhaltlich mit Themen auseinandersetzen können. Somit werden wir sehen, ob sich dieses System künftig bewährt. Anderenfalls müssen wir diese Entscheidung überdenken.

Und nun zum Schluss gilt unser besonderer Dank unserem Bürgermeister Dirk Lukrafka, dem Kämmerer Ansgar Bensch und vor allem den MitarbeiterInnen der Kämmerei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen ich möchte mich aber auch ganz besonders bei dem ehemaligen Kämmerer und Noch-Beigeordneten Sven Lindemann – dessen Amtszeit übermorgen endet - für die gute vertrauensvolle Zusammenarbeit der letzten Jahre bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Gerno Böll-Schlereth, Vorsitzender der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode erteilte uns die Nachricht, dass wir durch die neu berechneten Schlüsselzahlen für die kommunalen Einkommens- und Umsatzsteueranteile mit deutlich weniger Steuereinnahmen zu rechnen haben und der Konsolidierungsbedarf erneut steigt.

Vor dem Hintergrund dieser großen Herausforderung haben sich die Fraktionen von CDU, SPD und Velbert anders bereits im November letzten Jahres dazu bekannt, den Bürgermeister bei der Erarbeitung des Doppelhaushalts für die Jahre 2015 und 2016 zu unterstützen und eine Gestaltungsmehrheit bilden zu wollen.

Zu Beginn der Beratungen war allen Beteiligten klar, dass die Erarbeitung des Doppelhaushalts ein schwieriger Prozess wird und wir nicht immer alle einer Meinung sein werden. Das Ergebnis zeigt aber, dass wir auch in schwierigen Zeiten dazu in der Lage sind, gemeinsam mit anderen Partnern eine verlässliche Mehrheit im Rat zu bilden, um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu sichern.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich auch bei den Herren Bolz und Tonscheid für die intensiven und konstruktiven Beratungen bedanken.

Das Ergebnis zeigt zudem, dass wir trotz des Drucks, erneut massiv konsolidieren zu müssen, nicht nervös geworden und in Aktionismus verfallen sind, sondern zum Wohle unserer Stadt und der Bürgerinnen und Bürger besonnen und verantwortungsbewusst vorgegangen sind.

Wir haben die letzten Monate dazu genutzt, in mühsamer Kleinstarbeit wirklich alle Leistungen auf den Prüfstand zu stellen und nach Einsparpotenzialen zu suchen. Dabei haben wir es tatsächlich geschafft nicht an der Steuerschraube drehen und keinerlei Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt streichen zu müssen.

Damit sorgen wir für stabile Rahmenbedingungen für die Velberter Wirtschaft und wir belasten die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nicht zusätzlich. Die Einschränkungen, welche die Bürgerinnen und Bürger betreffen, halten wir für zumutbar und vertretbar.

Wir haben auch keinen einzigen Sparvorschlag eingebracht, welcher in der letzten Wahlperiode an fehlenden Mehrheiten gescheitert ist oder wieder zurückgenommen wurde. Das wäre auch wenig kreativ und zum Scheitern verurteilt gewesen.

Meine Damen und Herren,
Velbert bleibt auch nach Verabschiedung dieses Doppelhaushalts eine familienfreundliche Stadt. Wir investieren weiterhin in die Zukunft und in die Infrastruktur, welche insbesondere von Kindern und Jugendlichen genutzt wird.

Der U3-Ausbau in Velbert ist vorbildlich. Wir halten an der Geschwisterkind-Regelung für Kindertageseinrichtungen fest und Gebührenerhöhungen für Eltern haben wir mit Augenmaß und sozial gestaffelt vorgenommen.

Wir halten an der Dreigliedrigkeit der Stadtbüchereien fest. Und das Einsparvolumen, welches wir bei der Musik- und Kunstschule heben, stellt lediglich das Einspar-Minimum dar, welches uns die Gemeindeprüfungsanstalt aufgezeigt hat. Die Musik- und Kunstschule ist

auch nach der Verabschiedung des Haushalts hinsichtlich der Finanzausstattung noch immer die Nummer 1 in Nordrhein-Westfalen.

Um den Zugang zu Bildungsangeboten nicht zu erschweren, halten wir auch bewusst an der Geschwisterkind-Regelung für die Musik- und Kunstschule fest. Das ist sozial, entlastet kinderreiche Familien und schafft Bildungsgerechtigkeit.

In jedem Stadtbezirk gibt es auch in Zukunft ein Schwimmbad. Die Sportanlage im Nizzatal wurde saniert und an der Sanierung der Sportanlage in Birth halten wir trotz der desolaten Haushaltslage fest. Das sind übrigens alle Sportanlagen, welche auch intensiv von den anliegenden Schulen genutzt werden und somit voll ausgelastet sind.

Die Aufgabe des Fußballplatzes in Bonsfeld ist auf Grund der sanierten Sportanlage im Nizzatal und der Auslastungsquote beider Sportstätten in Langenberg folgerichtig und konsequent. Ebenso wurden die Anlagen am Waldschlösschen und Tönisheide in einen Top-Zustand versetzt, so dass auf den Fußballplatz im Siepen verzichtet werden kann, welcher ebenfalls kaum genutzt wird.

Dass wir in den letzten Jahren massiv in unsere Schulen investiert haben, muss ich in diesem Hause niemandem erzählen. Das alles zeigt, dass uns die Bildungs- und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt am Herzen liegen und wir die richtigen Prioritäten gesetzt haben und das wird auch in Zukunft so sein.

Wer verlautbart, dass Velbert mit der Verabschiedung des Haushalts, nicht mehr dem Ruf als familienfreundliche Stadt gerecht wird, der läuft mit verschlossenen Augen durch die Stadt und verkennt die Ausgewogenheit der Maßnahmen. Wir belasten einkommensschwache Familien nicht zusätzlich und erheben für diejenigen moderat die Gebühren, wo wir uns sicher sind, dass sie diese tragen können.

Meine Damen und Herren,

ab sofort wird es nur noch zwei statt vier Dezernenten in Velbert geben. Der Bürgermeister hat mit dem Vorschlag der Reduzierung der Wahlbeamten das Zeichen gesetzt, dass auch „oben“ gekürzt wird, was dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen entspricht. Ein Blick in andere Städte zeigt, dass dieser Schritt nicht selbstverständlich und somit beispielhaft ist.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen, sehr geehrte Herren Bensch und Richter, die volle Unterstützung im Namen meiner Fraktion zusichern. Denn wir sind uns bewusst, dass auf Sie bedingt durch die Reduzierung mehr Arbeit zukommen wird.

Für mehr Gerechtigkeit wollen wir bei der Nutzung städtischer Immobilien durch Vereine und andere Einrichtungen sorgen. Während einige Nutzer Mieten oder Nutzungsentgelte zahlen, zahlen andere gar nichts. Hierdurch entgehen der Stadt nicht nur Einnahmen, sie bleibt auch noch auf den Betriebskosten sitzen.

Unser Ziel ist es, dass in Zukunft durch die Einnahmen zumindest die Betriebskosten gedeckt werden. Das ist außerdem den Vereinen und Einrichtungen gegenüber gerecht, welche eigene Immobilien nutzen und sämtliche Kosten selbst tragen. Aber hierbei gilt, dass wir niemanden überfordern wollen und werden.

Verwundert war ich im Rahmen der Berichterstattung über den Doppelhaushalt, dass es den größten Aufschrei bei der Reduzierung der Öffnungszeiten der Service-Büros in den Stadtteilen gab. Verwundert war ich deshalb, weil die Service-Büros von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt durchschnittlich nur einmal alle 5 Jahre besucht werden und die Nutzerzahlen in den Stadtteilen zuletzt rückläufig waren.

Dieser Schritt ist daher vertretbar und folgerichtig. Zumutbar ist er allemal, da die Service-Büros in den Stadtteilen ja erhalten bleiben und das Service-Büro in Velbert-Mitte optimal an den ÖPNV angebunden ist. Für Verschwörungstheoretiker, welche behaupten, damit wolle man das Ausbluten der Stadtteile weiter vorantreiben, habe ich kein Verständnis.

Vor dem Hintergrund der Investitionen in den Stadtteilen löst ein solches Denken bei mir eher Kopfschütteln und Ratlosigkeit aus. Uns jedenfalls liegt die gesamte Stadt und jeder einzelne Stadtteil mit seinen Stärken und Bewohnerinnen und Bewohnern am Herzen. Das wissen die Menschen in dieser Stadt. Und ich weiß, dass sie sich das uns entgegengebrachte Vertrauen auch von niemandem ausreden lassen.

Am intensivsten waren im Rahmen der Haushaltsberatungen die Diskussionen über die Einsparungen im sozialen Bereich. Uns war es dabei wichtig, keine freiwilligen Leistungen zu streichen, sondern die Einsparungen durch Umstrukturierungen in der Leistungserbringung zu erreichen.

Die Neugeborenen-Begrüßung und die Jugendgerichtshilfe werden in Zukunft durch die Stadt Velbert erbracht. Bezogen auf die Wohn- und Pflegeberatung und den Verein Zinnober sind wir den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft der freien Träger der Wohlfahrtspflege gefolgt. Die Wohn- und Pflegeberatung wird auch weiterhin durch die freien Träger der Wohlfahrtspflege erbracht und der Verein Zinnober kann zunächst in gleicher Trägerschaft fortgeführt werden.

Dem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Träger der freien Wohlfahrtspflege, die Jugendgerichtshilfe weiter in deren Trägerschaft zu belassen, konnten wir nicht folgen, da das angestrebte Einsparvolumen in diesem Bereich aus unserer Sicht so nicht nachhaltig erreicht werden. Zudem hätte man dann auf die Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens verzichten müssen. Einen solchen Verzicht halten wir jedoch für rechtlich problematisch und nicht gangbar.

Meine Damen und Herren,

mit der Verabschiedung des Haushalts haben wir unsere Hausaufgaben, was das Sparen angeht, noch längst nicht erledigt. Im Haushaltssanierungsplan sind etliche Prüfaufträge an die GPA enthalten, welche mit Einsparsummen hinterlegt worden sind. Nach abgeschlossener Prüfung und Vorstellung der Ergebnisse wird es darum gehen, diese in politische Beschlüsse zu fassen und anschließend umzusetzen.

Hier werden die Diskussionen mit Sicherheit noch einmal unser aller Kraft kosten. Ich bin mir aber sicher, dass hierbei am Ende Beschlussvorschläge eingebracht werden, welche eine breite Mehrheit in diesem Hause finden werden.

Wir werden uns auch konstruktiv in die Diskussion rund um die Umsetzung der Maßnahme „Reduzierung der Fraktionszuwendungen“ einbringen. Die SPD ist sich sicher, dass wir die angestrebten Einsparungen erzielen können. Reden müssen wir jedoch über das „Wie“. Ein Kürzen mit dem Rasenmäher halten wir in diesem Zusammenhang nicht für ausgewogen und gerecht.

Die SPD-Ratsfraktion begrüßt das integrierte Handlungskonzept für Velbert-Mitte. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass die SPD einem neuen Nutzungskonzept für das Forum Niederberg offen gegenüber steht und wir gespannt sind, ob und wie sich eine in der Öffentlichkeit bereits diskutierte Kinonutzung tatsächlich realisieren lässt. Ebenso stehen wir Überlegungen positiv gegenüber, auch andere städtische Einrichtungen in das Forum zu integrieren.

Eine damit verbundene Ansiedlung des Deutschen Schloss- und Beschlägemuseums in der Villa Herminghaus sehen wir als Chance, das Museum attraktiver zu machen und die Besucherzahlen steigern zu können.

Dass es sich lohnt, sich auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen für Maßnahmen und Projekte einzusetzen und an deren Realisierung zu glauben, zeigen viele Beispiele in unserer Stadt:

Denn vor wenigen Jahren konnte sich noch niemand vorstellen, demnächst tatsächlich am ZOB in Velbert-Mitte in den Bus einsteigen zu können. Und dass es mit dem Fahrplanwechsel eine schnelle Verbindung bis spät abends nach Langenberg geben wird, hat auch kaum jemand geglaubt.

An die Fertigstellung des Bürgerhauses in Velbert-Langenberg haben auch zwischenzeitlich viele Menschen den Glauben verloren. Daher ist es desto erfreulicher, dass es den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt nächstes Jahr wieder zur Verfügung stehen und zur Bereicherung des kulturellen Lebens in unserer Stadt beitragen wird.

Man sieht an diesen Beispielen, dass man einen langen Atem haben muss. Ich verspreche Ihnen, dass wir diesen auch in Zukunft haben werden, wenn es darum geht, unsere Stadt nach vorne zu bringen.

Meine Damen und Herren,

bereits in meiner letzten Haushaltsrede habe ich gesagt, dass sich die SPD bei der zu führenden Diskussion um Schulschließungen im Primarbereich ihrer Verantwortung für die Stadt nicht wird entziehen können. Dazu steht meine Fraktion auch heute noch.

In diese Diskussion sollten wir dann nach der Verabschiedung des Haushalts auch möglichst zeitnah einsteigen, um hier gemeinsam eine tragfähige und zukunftsorientierte Entscheidung treffen zu können.

Diskutieren müssen wir zudem über den Sekundarbereich. Aber sowohl bezogen auf den Primar- als auch auf den Sekundarbereich gilt: Sorgfalt vor Schnelligkeit. Wir sollten uns für die Diskussion Zeit nehmen, externen Sachverstand hinzuziehen und nicht in blinden Aktionismus verfallen. Klar ist für uns nur, dass es keinen weiteren Versuch geben sollte, eine Sekundarschule in Velbert-Nevigis einzurichten.

Wir werden den Bürgermeister darin unterstützen, neue Gewerbeflächen in Velbert zu entwickeln, den Wirtschaftsstandort breiter aufzustellen und attraktive Wohnbauflächen auszuweisen. Zudem begrüßen wir das Vorhaben, schneller und besser in der Vermarktung dieser Flächen zu werden.

Meine Damen und Herren,

die SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Velbert eine lebens- und lebenswerte Stadt bleibt. Wir werden auch in Zukunft die Rahmenbedingungen für bezahlbare Wohnungen, Investitionen und Arbeitsplätze, für gute Bildungseinrichtungen und für ein facettenreiches Freizeit- und Kulturangebot schaffen.

Sehr geehrter Herr Bensch, sehr geehrter Herr Lukrafka,

zum Schluss meiner Rede möchte ich mich bei Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Ausarbeitung des Haushalts bedanken.

Die SPD steht auch in schwierigen Zeiten für eine solide Haushaltspolitik. Der Haushalt hat Hand und Fuß, enthält keine Luftnummern und ist glaubwürdig.

Man hat uns gewählt, damit wir die Probleme dieser Stadt anpacken und Lösungen erarbeiten und durchsetzen. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt können sich weiterhin auf uns als starken Partner verlassen. Wir werden den Kopf nicht in den Sand stecken. Wir übernehmen die Verantwortung für unsere Stadt auch dann, wenn draußen nicht die Sonne scheint und einem finanziell der Wind in das Gesicht bläst.

Der Haushalt steht für eine soziale, ausgewogene und gerechte Politik mit Augenmaß. Deshalb stimmt die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Velbert dem Haushalt mit voller Überzeugung zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Esther Kanschä, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, werte Vertreter der Presse.

Ein Novum in meiner politischen Zeit in Velbert: Innerhalb eines Jahres, also schon in 2016, schaffen wir es weniger auszugeben als einzunehmen. Und nicht nur das; wir schreiben in den nächsten Jahren laut vorliegendem Haushaltsplan sogar mehrere Millionen Plus.

Woran liegt das? Es ist kein Wahljahr und die Haushaltslage war Ende letzten Jahres so schlecht, dass wir die Verabschiedung des Haushaltes verschieben mussten.

Die Begründung ist trotzdem ganz einfach: Sie brauchen dieses Ergebnis einfach, um nicht dem Sparkommissar der Bezirksregierung unterstellt zu werden und die anstehende teure Sanierung des Forums und Ihre üblichen Spielwiesen, wie z.B. die Sanierung des Hockeyplatzes oder den Bau des Stadions, plausibel begründen zu können.

Es wird Sie sicher nicht überraschen, dass wir dem Haushalt nicht zustimmen werden. Ich werde versuchen, mich nicht zu wiederholen und das Fehlen von nachhaltigen Konzepten, die unsinnigen Bebauungen im Außenbereich oder ihre jahrzehntelange Am-Elternwillen-vorbei Schulpolitik erneut im Detail anzumahnen. Vielmehr möchte ich denen unter Ihnen erklären, die sich nicht vorstellen können warum man einen so „bürgerfreundlichen“ Haushaltsplan wie diesen, weil ja keine direkten Steuererhöhungen enthalten sind, nicht zustimmen kann.

Folie 1: Ich werde Ihnen dies anhand meiner Folien darlegen. Aus unserer Sicht besticht der Haushaltsplan vor allem dadurch, dass er unrealistisch, familienunfreundlich, scheinheilig und obendrein intransparent ist. Jeden einzelnen Punkt werde ich Ihnen an ausgewählten Beispielen erläutern.

Folie 2: Unrealistisch: Obwohl wir aus dem Quartalsbericht IV von 2014 her wissen, dass der Personalaufwand incl. der Versorgungsaufwendungen in 2014 schon um 4,86 Mio. € über Plan lagen (incl. der Rückstellungen), und damit die im Haushaltsplan 2015 vorgesehenen Aufwände um mind. 1,3 Mio. € zu niedrig angesetzt sind, ignorieren Sie dieses.

Folie 3: Die Gewerbesteuersteigerungen baut auf dem Wert von 2014 auf, der um 27 % über dem von 2013 liegt. Dieser Anstieg ist vornehmlich einem Einmaleffekt zu verdanken. In 2014 ging laut Verwaltung eine „unerwartete Nachzahlung eines Gewerbesteuerpflichtigen“ (ein hoher siebenstelliger Betrag) ein. Zitat Verwaltung (HSP 2015) dazu: „... wobei die Gewerbesteuerprognose im starken Maße von dem noch völlig offenen Ergebnis eines anhängigen Widerspruchsverfahrens abhängt.“ Aber das ignorieren Sie ebenso.

Folie 4: Sie setzen die Asylbewerberzahlen in 2016 um $\frac{1}{4}$ niedriger an als in 2015, da das Land eine beschleunigte Bearbeitung der Fälle verspricht. Die Zahl der Flüchtlinge aus dem Kosovo mag abnehmen, aber dafür werden andere kommen, keiner erwartet sinkende Zahlen. Bei kritischer Nachfrage verteidigt die Verwaltung dies mit den Worten: „Prinzip Hoffnung“ und einem Lächeln. Die Realität ignorieren Sie auch dabei. Das alles sind Fehlplanungen weit im siebenstelligen Bereich. Unrealistisch ist eigentlich zu harmlos. Unseriös und unverantwortlich, würde es eher treffen.

Folie 5: Familienunfreundlich: All diese Punkte sprechen für sich. Sie erhöhen zwar nicht die Grundsteuer, was zumindest alle Bürger gleichermaßen getroffen hätte, und in sofern gerechter gewesen wäre, sondern legen die Einsparungen auf die Schultern der Familien und reduzieren deren Sozial- und Freizeitangebote.

Unter Familienfreundlichkeit verstehen die Menschen in Velbert etwas anderes!

Folie 6: Scheinheilig ist ein böses Wort, aber trifft es ganz genau. Bei einigen aufgeführten Punkten hätte man auch „täuschen“ verwenden können, aber ich glaube jeder versteht was gemeint ist. Die Übernahme der Kosten durch den Kreis vollständig der Konsolidierung zuzu-

rechnen ist auf Grund der daraus folgenden Steigerung der Kreisumlage unlauter. Wie so häufig gilt das Prinzip der linken Tasche - rechten Tasche.

Und wenn man alle Stadtteile besänftigen will, indem man Ihnen ihr Servicebüros lässt, aber die Öffnungszeiten so drastisch auf einmal pro Woche reduziert, dann kommen sich die Bürger zu Recht für dumm verkauft vor.

Folie 7:Intransparenz, **damit** wiederhole ich mich dann doch zu meinen früheren Reden. Aber die wirtschaftliche Verzettelung, die zum einen Synergien verhindert und zum anderen ein erhebliches finanzielles Risiko darstellt, muss angesprochen werden, wenn man über Intransparenz in Ihrer Finanzplanung redet. Dies ist sicher der wichtigste Punkt den man in Velbert strukturell nach vorne bringen könnte um sehr, sehr viele Ausgaben zu minimieren. Die üppigen Geschäftsführergehälter sind nur ein Beispiel für Einsparungspotentiale von vielen. Aber ein besonders starkes.

Die weiteren Punkte zeigen auf, dass hier Dinge beschlossen werden, von denen keiner weiß, welche Konsequenzen diese haben werden. Es handelt sich um Worthülsen ohne Aussagekraft, was wir leider viel zu häufig in der Politik hier in Velbert finden:

- Bei welcher freiwilligen Leistung wird die Dienstleistung der Verwaltung verschlechtert?
- Welche Grundschule wird geschlossen?
- Welche Einsparungen müssen die Kitas und das Kinderheim hinnehmen?
- Eigenreinigung bedeutet, unsere Grünflächen und Schulhöfe sollen von den Hausmeistern in Zukunft als Zusatzaufgabe geleistet werden. Und das, wo viele Velbert schon jetzt unzufrieden mit der Sauberkeit in ihrer Stadt sind – zu Recht!

Aber dem allen zuzustimmen, ohne zu wissen, was man eigentlich entscheidet, scheint ja kein Problem für viele von Ihnen zu sein. Für uns ist es eins!

Sie haben Recht, wir haben den Haushalt in den letzten Jahren immer abgelehnt – aus gutem Grund! Unsere Vorstellungen von Umstrukturierung und langfristigen, tragfähigen Konzepten wurden von Ihnen immer nur abgelehnt. Was wir bedauern.

Aber abnicken, was Sie und die Verwaltung uns vorlegen, wider besseren Wissens, das werden wir mit Sicherheit nicht. Und ihre Häme darüber das wir immer wieder den Haushalt ablehnen, kann ich nicht nachvollziehen. Sie haben Verantwortung dafür zu tragen, dass über 160 Mio. € an Rücklagen in den letzten 11 Jahren förmlich verprasst wurden, ohne erkennbare verbesserte Stadtentwicklung, Wirtschaftsstandortentwicklung, Sanierungsstauabbau oder Schulentwicklung.

Von daher bedanken wir uns bei der Kämmerei für die geleistete Arbeit, die aus unserer Sicht leider wieder einmal nicht zu einem zustimmungsfähigen, zukunftsorientierten, langfristig ausgeglichenem Haushalt führen wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage: Folien - siehe folgende Seiten

Folie 1

WARUM LEHNEN BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN DEN HAUSHALT 2015 / 2016 AB?

- UNREALISTISCH
- FAMILIENUNFREUNDLICH
- SCHEINHEILIG
- INTRANSPARENT

DARUM KANN MAN DIESEN HAUSHALT NUR ABLEHNEN!

Folie 2

UNREALISTISCH:

1. Personalaufwendungen (incl. Versorgungsaufwendungen)

in T €	Ist-Ergebnis 2014*	Lohnsteigerung 2015 um 2 %	Plan HSP 2015	Differenz
Personal	40.334	41.141	40.226	915
Versorgungs-aufwand	4.133	4.216	3.779	437
Summe	44.467	45.357	44.005	1.352

* Minus die Summen die für Rückstellungen angefallen waren

Folie 3

2. Gewerbesteuerentwicklung

	2013	2014*	2015	2016	2017	2018
HP 15 /16	34,5	<u>43,9*</u>	44,7	46,2	47,7	49,2
+ in %		<u>27,2*</u>	1,8	3,4	3,2	3,1
HP 2015			44,2	45,5	46,8	48,1
+ in %			1,1	1,5	1,9	2,3

In 2014 ging laut Verwaltung eine „unerwartete Nachzahlung eines Gewerbesteuerpflichtigen“ ein (hoher siebenstelliger Bereich)
Zitat Verwaltung (HSP 2015): „wobei die Gewerbesteuerprognose im starken Maße von dem noch völlig offenen Ergebnis eines anhängigen Widerspruchsverfahrens abhängt.“

Folie 4

3. Asylbewerberzahlen:

	2013	2014	2015	2016
HP 15 /16	293	390	590	450
Aufwendungen T €	1.415	1.377	2.340	1.773

- Nirgendwo wird davon ausgegangen, dass die Asylbewerberzahlen in den nächsten Jahren sinken. „Prinzip Hoffnung“ Zitat Verwaltung.
- Haushaltsplanansatz um 567 T € zu niedrig



Fehlplanung in Höhe von ca. 2 - 8 Mio. €

Folie 5

FAMILIENUNFREUNDLICH

- **Kinderbetreuungskosten steigen**
 - **Reduzierung der Zuschüsse / Mittel für:**
 - **Jugenderholungsmaßnahmen**
 - **Stadtbücherei**
 - **Anschaffungen an Schulen**
 - **Musik und Kunstschule**
-

Folie 6

SCHEINHEILIG

Aussage

- **Kostenübernahme durch den Kreis**
- **Übernahme von Aufgaben der freien Träger**
- **Kostenersatz bei Aufnahme von Kindern aus anderen Städten**
- **Servicebüros in allen Stadtteilen**
- **Büchereien in allen Stadtteilen**

Folgen

- Erhöhung der Kreisumlage**
- Höhere Personalkosten bei der Stadt, schlechtere Vernetzung**
- Velbert hat selber viele Auspendler**
- Neviges, Langenberg nur einmal wöchentlich geöffnet**
- Mittel werden drastisch gekürzt**

INTRANSPARENZ

- **Keine Entflechtung der Gesellschafterstruktur aus AÖR, GmbHs, und sonstigen Beteiligungen**

In Form von Unklarheit über die Inhalte der Beschlüsse:

- **Optimierung des Personaleinsatzes bei freiwilligen Leistungen**
- **Verbesserung der Schulinfrastruktur**
- **Verbesserung der Kostenstruktur in Kitas**
- **Optimierung Wirtschaftlichkeit Kinderheim Brangenberg**

August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion VELBERT anders

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
werte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich möchte meine Haushaltsrede mit einer Frage beginnen.

Sind wir nicht auch ein klein wenig wie Griechenland?

Diese Frage stellt sich mir unweigerlich, wenn ich auf die Finanzlage der Stadt Velbert in den letzten Jahren blicke. Das Geld hat nie gereicht. Das Eigenkapital wurde Stück für Stück aufgezehrt. Und die Belastungen, die auf unsere Stadt künftig noch zukommen und die unabwendbar sind, werden immer größer.

Seit über 20 Jahren reden Landespolitiker über eine dringend notwendige Novellierung der Gemeindefinanzen. Passiert ist bis auf Flickschusterei wenig, obwohl die dramatischen finanziellen Auswirkungen in fast allen Städten der Landesregierung und auch dem Bund hinlänglich bekannt sind.

Bundes- und Landespolitiker scheinen allerdings der Meinung zu sein, dass die Leidensfähigkeit der Kommunen noch immer nicht erschöpft ist. Denn bei all den positiven Verlautbarungen über sprudelnde Steuereinnahmen wird bei der Finanzausstattung für die Kommunen allenfalls über Almosen nachgedacht. Diese sind nicht dazu angetan, die Finanzsituation der Städte bei gleichzeitig steigenden Anforderungen nachhaltig zu verbessern.

Im Grunde müssten schon heute mehrere Städte in NRW ihren finanziellen Knock-out verkünden. Sie sind überschuldet und schieben teils astronomische Kassenkredite im Milliardenbereich vor sich her. Aus eigener Kraft werden diese Städte - die Nachbarstadt Essen sei hier beispielhaft genannt - die angehäuften Schuldenberge nie und nimmer abtragen können. Nur „kosmetische Veränderungen“ führen letztlich dazu, dass diese Problemstädte ihre Handlungsunfähigkeit noch nicht öffentlich erklären müssen. Und die Lösung ihrer Probleme immer weiter in die Zukunft - auf nachfolgende Generationen - verschieben können. Die von der Landesregierung auf zehn Jahre erweiterte Frist für die Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts ist hier das Paradebeispiel.

Meine eingangs gestellte Frage möchte ich so beantworten: Nein, die NRW-Kommunen in ihrer Gesamtheit sind noch nicht wie Griechenland. Aber sie arbeiten daran und sind auf dem besten Weg dorthin, weil Bund und Land sie am langen Arm verhungern lassen. Es ist dringend erforderlich, den Kommunen wieder Luft zum Atmen zu geben. Mit anderen Worten:

Eine Gemeindefinanzreform muss zwingend her - und zwar schnellstmöglich.

Mit der freiwilligen Teilnahme am Stärkungspakt Stadtfinanzen (Leitsatz der Landesregierung: Die Kranken helfen den Schwerkranken) haben die Verantwortlichen in unserer Stadt, ich spreche von Vertretern des Rates und der Verwaltung, einen Strohhalm ergriffen. Sie haben bewiesen, dass sie nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten wollen, bis sich endlich eine Lösung für ihre nur zum Teil hausgemachten Finanzprobleme abzeichnet. Sie sind im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten einmal mehr selbst aktiv geworden, um ihre Situation zu verbessern.

Gleiches gilt für den vorliegenden Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016, auf den ich nun eingehen möchte. Um Ihre Aufmerksamkeit nicht zu sehr zu strapazieren, werde ich mich auf die Kommentierung einiger Eckpunkte und Besonderheiten beschränken.

Sehr bald, nachdem Ende 2014 feststand, dass es einen seriösen Haushalt 2015 nicht geben wird - da wieder einmal durch unvorhersehbare und im Vorhinein nicht kalkulierbare Änderungen der von der Aufsicht geforderte Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2016 nicht erreichbar war - und wir damit auf dem harten Boden der Realität angekommen waren, sind wir auf andere Fraktionen zugegangen. Dies mit dem Ziel, gemeinsam einen Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 zu planen, der am Ende in Einnahmen und Ausgaben auch tatsächlich ausgeglichen ist.

Schnell war klar, dass CDU und SPD auch an einer solchen Lösung interessiert waren. Wir haben uns dann in einem Sondierungsgespräch ausgetauscht und sind zu dem Ergebnis gekommen, es gemeinsam zu versuchen. Allen im Rat vertretenen Fraktionen wurde zum Start dieser Arbeit das Angebot unterbreitet, sich zu beteiligen.

Mit dem nun vorliegenden Haushaltsentwurf halten Sie das Ergebnis dieser Gemeinschaftsarbeit - im Zusammenspiel mit der Verwaltung - in Händen. Es trägt die Handschrift aller daran beteiligten Fraktionen.

Wichtig war von Anfang an, eine weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger, etwa durch eine Erhöhung der Grundsteuer B, wenn eben möglich zu vermeiden. Das ist gelungen und kann bei näherer Betrachtung, auch der umliegenden Städte, als Erfolg gelten.

Natürlich müssen in diesem und in den nächsten Jahren Einsparpotenziale gehoben werden. Dies ist - so meine ich - mit den jetzt vereinbarten Maßnahmen in verträglicher Art und Weise gelungen. Von Anfang an war klar, dass es Widerspruch geben würde. Seien wir ehrlich: In der Regel ist es doch immer so, dass die Betroffenen einer geplanten Kürzung von Zuschüssen oder der Erhebung von Beiträgen kritisch gegenüberstehen.

Gestatten Sie mir hierzu einige Beispiele:

*Die Kunst- und Musikschule ist ein Aushängeschild unserer Stadt.
Das soll sie nach Meinung von „VELBERT anders“ auch bleiben!*

Die Musik und Kunstschule verfolgt das Ziel, qualitativ hochwertigen Unterricht in einem sehr breit gefächerten Inhaltsspektrum zu vermitteln. Absolventen der Schule erringen regelmäßig Bundes- und Landespreise bei Musikwettbewerben. Einige spielen als Profis in renommierten europäischen Orchestern. Aufgrund ihrer langjährigen erfolgreichen Tätigkeit ist die Musik und Kunstschule eine über die Grenzen der Stadt Velbert hinaus bekannte Institution. Der Unterricht wird in hoher Qualität ausschließlich von hauptamtlichen Lehrern angeboten. Eine Tatsache ist, dass gute Arbeit (meist) nicht umsonst zu haben ist. Fakt ist aber auch, dass die Bezuschussung unserer Einrichtung landesweit die mit weitem Abstand Höchste ist. Die Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW hat im Rahmen einer Überprüfung der Musik und Kunstschule im Jahr 2013 festgestellt, dass diese - verglichen mit anderen Musikschulen großer kreisangehöriger Kommunen - einen außergewöhnlich hohen Zuschussbedarf aufweist.

Konkret: Im Jahr 2013 sind aus dem städtischen Haushalt deutlich über 2 Mio. Euro für die Deckung der Personal- und Sachkosten zur Verfügung gestellt worden. Diesen hohen, in den letzten Jahren zudem extrem gestiegenen Zuschussbedarf konnten wir angesichts der finanziellen Gesamtsituation bei den Haushaltsberatungen nicht außer Acht lassen.

Mit den nun angedachten Maßnahmen streben wir eine Optimierung des Betriebs der Musik- und Kunstschule bei möglichst geringer Einschränkung des jetzigen Angebotes an. Zusammenfassend lässt sich durchaus sagen, dass die Maßnahmen - auch mit Blick auf den hohen Stellenwert der Einrichtung - bewusst moderat ausgefallen sind. Damit kann es gelingen, den

Standard nahezu auf dem bisherigen Niveau zu halten und trotzdem nicht unerhebliche Gelder einzusparen.

Andere städtische Einrichtungen werden gegenwärtig von der Verwaltung auf Einsparmöglichkeiten hin durchleuchtet. Auch sie sollen in den nächsten Haushaltsjahren ihren Beitrag zur Konsolidierung der städtischen Finanzen leisten.

Ein Beispiel: Bislang stehen städtische Räumlichkeiten vielfach kostenfrei zur Verfügung. Dass die Stadt von den Nutzern zumindest die entstandenen Betriebskosten etwa für Strom und Heizung ersetzt bekommt, sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Durchaus legitim ist es auch darüber nachzudenken, Aufgaben, die in der Vergangenheit von der Stadt an freie Träger übertragen worden sind, ganz oder teilweise in Fachabteilungen der Verwaltung zurückzuholen. Dies macht immer dann Sinn, wenn hierdurch Kosten reduziert werden können, ohne die Leistungen zu beschneiden.

Insgesamt ist der Haushaltssicherungsplan um ca. 40 Positionen aufgestockt worden, um im Jahr 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2015 und 2016 ist nicht ohne Risiken! Dies möchte ich an dieser Stelle auch klar und deutlich ansprechen. Betroffen sind sowohl Einnahmen als auch Ausgaben.

*Explodierende Sozialkosten
Bund und Land werden ihrer Verantwortung nicht gerecht.*

Ein großes finanzielles Risiko, das von der Stadt zudem überhaupt nicht zu steuern ist, verbirgt sich im sozialen Bereich - beispielsweise bei den in den letzten Jahren explosionsartig gestiegenen Kosten für die Unterbringung, Gesundheitsversorgung und Integration von Flüchtlingen und Asylanten.

Ich denke, es besteht hier in dieser Runde Konsens, dass Flüchtlingen aus Kriegsregionen geholfen werden muss. Und auch Asylbewerber aus anderen Regionen, die in ihrem Heimatland um ihr Leben fürchten müssen, sollte Hilfe zuteilwerden.

Kosten für Flüchtlinge und Asylbewerber laufen aus dem Ruder

Absolut nicht in Ordnung ist allerdings die Entwicklung und Verteilung der Kosten für diese Hilfe. Ein Vergleich der Zahlen aus den Jahren 2010 und 2014 mag dies verdeutlichen:

Thorsten Hilgers, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,
liebe Gäste,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

seit September des letzten Jahres beschäftigen wir uns mit der Haushaltssituation der Stadt Velbert. In den einführenden Reden unseres Bürgermeisters Dirk Lukrafka und unseres Kämmerers Ansgar Bensch sowie in den Unterlagen wurde ein Begriff immer wieder aufgegriffen und als entscheidende Markierung für die Entwicklung der städtischen Finanzen genannt:

Das EIGENKAPITAL der Stadt Velbert.

Da dieser Begriff auch nach Auffassung der FDP-Fraktion eine entscheidende Rolle spielt, möchten wir ihn auch zum zentralen Punkt unserer Haushaltsbetrachtung machen. Seit dem 01.01.2005 bilanziert die Stadt Velbert ihre Vermögenswerte und ihre Verbindlichkeiten nach den Regeln des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF)“. In der Eröffnungsbilanz konnte die Stadt ein Eigenkapital in Höhe von ca. 191 Millionen Euro ausweisen. Eine enorme Summe, die in etwa den geplanten Erträgen im derzeitigen Haushaltsentwurf entspricht. Schauen Sie nun in das Jahr 2014, so muss ich feststellen, dass sich zum 31.12.2014 das Eigenkapital der Stadt Velbert auf ca. 27 Millionen Euro reduziert hat. Innerhalb von 10 Jahren haben wir 164 Millionen Euro unseres Reinvermögens verloren. Dies sind 86%.

Stellen Sie sich einmal vor: Sie sind der stolze Besitzer eines Hochhauses mit 19 Stockwerken. Leider ist dieses Hochhaus „auf Sand gebaut“ und versinkt nach und nach im Sand. Trotz aller Bemühungen das Hochhaus zu stabilisieren und zu retten, sind schon 16 Stockwerke versunken und ihre ganzen Bemühungen gehen dahin, wenigstens das letzte Stockwerk noch zu retten. Dies ist die Situation, in der sich die Stadt im Bereich ihres Haushaltes befindet.

164 Millionen Eigenkapitalverzehr in zehn Jahren oder 16 Stockwerke sind im Sand versunken.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,

an dieser Stelle kommt meist der Einwand, dass an dieser Situation Bund und Land ihre Mitschuld tragen, da sie immer mehr Aufgaben auf die kommunale Familie abwälzen, ohne für die entsprechende Finanzierung zu sorgen.

Dies ist sicherlich ein Teil des Problems.

Aber dieser Teil darf nicht davon ablenken, dass wir als Kommune vielfältige Stellschrauben haben, die großen Einfluss auf die finanzielle Situation unserer Stadt haben. Hier gibt es gerade im Kreis Mettmann genügend positive Beispiele. Kommunen wie Monheim, Ratingen und Langenfeld, haben durch das Drehen der richtigen Schrauben, Verbesserungen in ihren Haushaltssituationen erreicht.

Im Nachfolgenden möchte ich gerne auf einige Punkte zu sprechen kommen, bei denen die Stadt Velbert losgelöst vom Bund und vom Land Gestaltungsmöglichkeiten hätte und Verbesserungen ihrer Haushaltssituation erreichen könnte, wenn die politischen Mehrheiten es erlauben würden.

Bitte bedenken Sie bei den nachfolgenden Ausführungen immer den Hintergrund meiner Aussagen:

164 Million Eigenkapitalverzehr in 10 Jahren.

Nach vielen Haushaltssicherungskonzepten, Sparrunden und weiterreichenden Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung stellte 2010 der damalige Kämmerer Sven Lindemann mehr als 100 Punkte zur Haushaltskonsolidierung vor. Zwei dieser Maßnahmen betrafen die Städtische Beteiligungsholding BVG. Zum Einen sollten die Eigenkapitalzuführungen an die BVG – hier handelt es sich eigentlich um Verlustausgleiche – reduziert werden und zum Anderen sollte sich die BVG mit jährlich 250.000,- Euro an der Konsolidierung des Haushaltes beteiligen. Viele der damals vorgeschlagenen Maßnahmen wurden beschlossen und auch umgesetzt. Diese beiden erwähnten Maßnahmen werden nun aber endgültig als nicht realisierbar tituiert und ad acta gelegt. Was uns hierbei als FDP Fraktion besonders ärgert, ist die Tatsache, dass die Maßnahmen, die den Konzern Stadt mit seinen Beteiligungen betraf, nun als erledigt erklärt werden, obwohl sie in keinster Weise als erfüllt gekennzeichnet werden können. Aus welchem Grund schafft es die BVG, in der die Stadt Velbert einen Teil ihrer Beteiligungen gebündelt hat, nicht, das angestrebte Ziel zu erreichen?

Nur noch einmal zur Erinnerung: Wir haben in den letzten 10 Jahren 164 Millionen Euro unseres Eigenkapitals verloren und hier gibt man sich mit der Antwort „Auch im Jahr 2014 wird die Ergebniserwartung aus den Haushaltsberatungen 2010/2011 nicht erreicht“.

Warum ?

Diese Frage haben wir als FDP Fraktion in der jüngeren Vergangenheit auch sehr oft gestellt. Leider **ohne Antwort**. Denn die BVG und die sonstigen in der Form von GmbHs organisierten Ableger, tagen ausschließlich hinter verschlossenen Türen. Die von der Politik bestimmten Aufsichtsratsmitglieder dürfen über ihre Tätigkeit in den Aufsichtsräten keine Informationen an die Fraktionen oder die Öffentlichkeit weitergeben. Eigentlich ein unhaltbarer Zustand. Aber jedes Jahr fließen weiterhin hohe Beträge als Nutzungsentgelte, Zuschüsse oder Eigenkapitalzuführungen an die BVG und ihre Beteiligungen, ohne dass der Rat direkten Einfluss auf die Verwendung dieser Mittel hat. Jeder Mittelabfluss in Richtung BVG sorgt bei der Stadt Velbert für Eigenkapitalverzehr.

Hier ist die Realität: Keine Transparenz, keine Information der Öffentlichkeit, keine Einwirkungsmöglichkeit des Rates.

Aber wir haben erkennen müssen, dass gerade bei den Fraktionen von CDU und SPD kein gesteigertes Interesse vorhanden ist, diese intransparenten Strukturen zu verändern.

Ein weiteres Beispiel für alleinige Velberter Entscheidungs-kompetenz: Die Velbert Marketing GmbH

Seit Jahren bekommt die Velbert Marketing GmbH einen jährlichen Zuschuss von zuletzt ca. 298.000,- Euro. Sie ist also an dem Eigenkapitalverzehr von 164 Millionen Euro in den letzten 10 Jahren mit mehr als 3 Millionen Euro beteiligt. Bereits vor zwei Jahren hat der damalige Kämmerer gefordert, dass überlegt werden solle, ob die Velbert Marketing nicht aufgelöst werden und die Aufgaben in die Stadtverwaltung zurückverlagert werden sollten. Leider ist seit diesem Appell nichts Konkretes vorgeschlagen, beraten oder gar beschlossen worden.

Von daher fordern wir, zu prüfen, ob die bisher von Velbert Marketing durchgeführten Aufgaben sinnvoll und nachhaltig und im Hinblick auf die öffentliche Daseinsvorsorge überhaupt notwendig sind. Darüber hinaus ist zu prüfen, wer diese Aufgaben in Zukunft

fortführt. Hierfür eine eigene Gesellschaft zu finanzieren, die ihre Arbeit auch nicht öffentlich rechtfertigen muss, erscheint uns auf jeden Fall nicht zielführend.

Bei diesen Überlegungen müssen wir auch immer die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung im Hinterkopf haben. Um in meinem Bild zu bleiben. 16 Stockwerke sind schon versunken. Was können wir tun, damit die letzten drei Stockwerke nicht auch noch versinken?

So muss nach Meinung der FDP Fraktion auch über das Schloss- und Beschlägemuseum nachgedacht werden. Es kann auch hier kein Tabu geben. Bei allen Sparbemühungen der letzten Jahre wurde das Schloss- und Beschlägemuseum nur im geringen Maße mit einbezogen. Schaut man sich aber die Besucherzahlen der letzten Jahre an, so muss man die Frage nach der Verankerung dieses Museums in der Bevölkerung stellen. Auch lassen die Besucherzahlen (2013: Einzelbesucher 789 Erwachsene und 432 Kinder) nicht darauf schließen, dass dieses Museum eine touristische Attraktion ist. Die FDP Fraktion fordert daher, dass das Museum, sollte es nicht komplett in eine private Trägerschaft überführt werden können, in seiner jetzigen Form abgeschafft wird. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, ca. eine halbe Millionen Euro (incl. Miete) jährlich für ein Museum auszugeben, was nur von Wenigen genutzt wird. Darüber hinaus sollen jetzt auch noch weitere Mittel, die die Stadt Velbert eigentlich gar nicht hat, für den Umzug in neue Räumlichkeiten bereitgestellt werden. Innerhalb der letzten 10 Jahre hat diese Maßnahme einen Anteil von ca. 5 Millionen Euro am Eigenkapitalverzehr und verschlingt somit fast ein Drittel eines Stockwerks.

Diese Liste könnte von mir noch fortgeführt werden, was an dieser Stelle aber leider aus zeitlichen Gründen entfallen muss.

Auf einen Aspekt möchte ich – trotz zeitliche Begrenzung - dennoch hinweisen: Nicht nur die Ausgabenseite hat ihren Anteil am Eigenkapitalverzehr der letzten Jahre. Auch die Planungen der Erträge erhöhen den Eigenkapitalverzehr, wenn Sie nicht in der eingepplanten Höhe anfallen, da selten zu erwarten ist, dass die Aufwendungen sehr viel geringer ausfallen als geplant. So fielen die tatsächlichen Erträge in den letzten Jahren fast immer geringer aus, als in den Planungen angedacht.

Auch im Entwurf des Doppelhaushaltes sehen wir diese Problematik:

So wurden im ursprünglichen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2015 Erträge aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 460.000,- Euro eingepplant. In der Version des Doppelhaushaltes wird der Ansatz für das Jahr 2015 auf 981.000,- Euro und für das Jahr 2016 sogar auf fast 3,8 Millionen Euro erhöht. Vergleicht man diese geplanten Erlöse mit den tatsächlichen Werten der Vorjahre muss man erhebliche Bedenken haben, was die Realisierung dieser Erlöse betrifft.

Eine weitere Position, die ebenso fragwürdig ist, ist der Ansatz der Gewerbesteuer. Aktueller Ansatz für 2015 44,7 Mio Euro und für 2016 sogar 46,2 Mio Euro. Dies nach einem tatsächlichen Gewerbesteuerertrag in Höhe von 34,52 Mio Euro im Jahre 2013. Die Stadtverwaltung selber weist im Entwurf darauf hin, dass „wegen einer in der Höhe unerwarteten Nachzahlung eines Gewerbesteuerpflichtigen im III. Quartal 2014 (..) die Gewerbesteuerveranlagung einen Stand erreicht hat, der die berechnete Hoffnung zu ließ, dass der Haushaltsansatz von 42,5 Mio erreicht werden kann.“ Dies bedeutet im Klartext, dass der Haushalt auch im Bereich der Gewerbesteueransätze vom Prinzip Hoffnung lebt.

Herr Bürgermeister Lukrafka und Herr Bensch: Sollten sich Ihre Hoffnungen als nicht haltbar erweisen, würde wieder ein Stockwerk unseres ehemals stolzen Hochhauses im Sand versinken.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,
liebe Gäste,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

leider ist es im Rahmen einer solchen Haushaltsrede nicht möglich, alle Punkte, die in den Haushaltsberatungen eine Rolle gespielt haben, zu erwähnen, so dass ich mich auf diese wenigen Punkte beschränken musste.

Nun ist es an der Zeit ein Fazit zu ziehen.

Der uns vorliegende Entwurf des Doppelhaushaltes 2015/2016 ist ein Konstrukt, das rechnerisch stimmig ist und einen Haushaltsausgleich vorgibt. Schaut man sich aber den Unterbau dieses Konstruktes an, wird man feststellen – und da verweise ich nur auf die oben genannten Punkte – auf welch instabilem Fundament dieser Haushalt steht.

Nach Auffassung der FDP Fraktion müssen wir sehr viel stärker die Strukturen und Prozesse unserer Dienstleistungen anschauen und auch den Mut haben, uns von einzelnen Leistungen und Einrichtungen zu trennen. Der Finanz- und Hauptausschuss hat in seiner Sitzung im Januar hier bereits Prüfaufträge erteilt und der Bürgermeister hat bei seiner Haushaltseinbringung im März diesen Jahres eine Liste mit zusätzlichen Maßnahmen in die Diskussion eingebracht. Auch wenn wir die Prüfaufträge unterstützen und auch Ihre Initiative, Herr Bürgermeister, positiv bewerten, müssen wir gleichzeitig feststellen, dass sie im Moment noch viel zu wenig Konkretes aufzeigen, um ihnen vorbehaltlos zustimmen zu können. Wir sehen die Liste aber als Arbeitsgrundlage für die Verwaltung, um die angedachten Maßnahmen auf ihre Umsetzung und Konsolidierungsbeiträge hin zu prüfen und konkrete beschlussfähige Vorschläge zu erarbeiten.

Wir sehen bei diesem Haushaltsentwurf ganz klar die Gefahr, dass am Ende wieder ein höherer Eigenkapitalverzehr vermeldet werden muss, als angedacht und somit unser Haus sehr viel schneller im Sand versinkt, als dies die Haushaltsplanungen „vorgaukeln“.

Die FDP Fraktion wird dem Doppelhaushalt aus diesem Grunde auch nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen.

Sehr geehrter Herr Bensch, sehr geehrter Herr Lukrafka,

ich danke Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Ausarbeitung des Haushaltsplans.

Allen Zuhörern danke ich für die mir entgegengebrachte Aufmerksamkeit.

Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

auch diese Rede möchte ich mit einem großen Dank an die Verwaltung einleiten. Das ist mir ein Herzensanliegen. In jeder Haushaltsberatung wird neu von zusätzlichen Stelleneinsparungen gesprochen. Da haben einige nicht mitbekommen oder wollen es nicht wissen, wie knapp die Personaldecke bereits ist. Wie wichtig die geleisteten Aufgaben sind. Und was für eine Belastung das für die Beschäftigten bedeutet. Dennoch war die Verwaltung für uns immer ansprechbar und hilfreich. Dafür danken wir herzlich. Und wir werden auch künftig keinem Haushalt zustimmen, der keine verbesserte Situation für die Beschäftigten bringt.

Danken möchte ich aber auch Ihnen, Herr Lukrafka. Der Stärkungspakt war keine ausreichende Lösung der Unterfinanzierung der Kommunen. Er war nicht einmal eine ausreichende Hilfe zur Selbsthilfe. Das haben Sie in dankenswerter Klarheit festgestellt. Ich möchte anfügen: Der Stärkungspakt war eine Behinderung der Selbsthilfe. Jemandem die Beine fesseln und dann sagen „Lauf schneller“, das funktioniert nicht, auch wenn man Geld dazu gibt. Das ist die Politik, die bereits in Griechenland gescheitert ist. Jeder, der sich ernsthaft mit dem Thema beschäftigt und nicht der Hetze gegen angeblich faule Griechen glaubt, kann das wissen.

Echte Selbsthilfe muss auf zwei Säulen ruhen: Ausreichende Einnahmequellen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite muss die Kommune in den Punkten Personal, Immobilien und so weiter so ausgestattet sein, dass sie die kommunale Selbstverwaltung auch effektiv wahrnehmen kann.

Der sogenannte Stärkungspakt hat ein Almosen auf die erste Säule gelegt und dann die andere weggetreten. So wird kein ausgeglichener Haushalt gelingen und erst recht keine Schuldentilgung.

Die Rechnung des Kämmerers sagt etwas anderes, das wissen wir. Aber wir wissen auch, dass der Kämmerer einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen muss. Und dass viele Zahlen darin, wie auch in den vergangenen Jahren, auf Hoffnung gebaut sind. Da braucht nur die Konjunktur zu stottern, die Bevölkerungsentwicklung hinter den Erwartungen zurückbleiben oder ein einzelner großer Steuerzahler wegbrechen. Vor einem Jahr standen wir noch unter Haushaltssperre.

Was wir erleben ist, dass man mit gelegentlichen Einmalzahlungen – eine Neue wird gerade in Berlin auf den Weg gebracht – den Bankrott der Kommunen weiter hinausschiebt. Eine nachhaltige Reform der Kommunalfinanzen aber wird nicht angegangen. Die erste Säule bleibt deshalb zu schwach.

Die immer weitergehenden Streichungen am Personal und an den kommunalen Einrichtungen haben dazu geführt, dass die Lebensqualität in Velbert, die Attraktivität unserer Stadt leidet. Die Unzufriedenheit wächst. Wir kalkulieren mit stabilen Bevölkerungszahlen. Wir tun aber nichts, um die Menschen bei uns zu halten. Außer dem Ausweisen von Neubaugebieten für Einfamilienhäuser fällt den Verantwortlichen dazu nichts ein.

Das ist kein Zufall. Die Stadt hat einfach nicht mehr das Personal, um echte Visionen zu entwickeln und umzusetzen. Da werden bunte Konzepte und Versprechungen nur fürs Schaufenster gemacht. Wir verschleudern städtische Immobilien und sehen zu, wie andere den Gewinn damit machen.

Wir verpassen Gelegenheiten, wir verschenken Einnahmen. Das ist die zweite Säule, die von den Verantwortlichen, auch hier im Stadtrat, Stück für Stück abgebaut wird. Und das nicht erst seit dem Stärkungspakt.

Mangelnde Einnahmen, schrumpfende Handlungsfähigkeit. Und dann sind noch ca. 2/3 des Haushaltes in Töchter, Holdings usw. ausgegliedert. Das sind Gelder, über die der gewählte Rat kaum Informationen hat, kaum Informationen haben darf. Und auch die rund 190 Millionen des regulären Haushaltes sind ja zum allergrößten Teil durch Pflichtaufgaben gebunden, bei denen der Rat nicht viel zu entscheiden hat.

Es ist auch so, dass vor allem profitable Aufgaben ausgegliedert oder verkauft werden. Somit kann der Rat nur über den Ausgleich der Defizite, nicht über die Gewinnverwendung entscheiden.

Meine Damen und Herren, wir bewegen uns auf einen Punkt zu, an dem wir uns den Stadtrat sparen können. Und das ist kein Einsparvorschlag, das ist ein Demokratieproblem.

Und jetzt noch das Klinikum Niederberg. Meine Damen und Herren, was da unter dem Begriff „Strukturiertes Bieterverfahren“ durchgewunken werden soll, ist nichts anderes als die Vorstufe zur Privatisierung. Haben Sie kollektiv die Niederberger Erklärung vergessen, die sie vor der letzten Wahl alle unterzeichnet haben?

Privatisierung im Gesundheitswesen bedeutet verschärfte Arbeitsbedingungen für die Belegschaft und verschlechterte Leistung für die Patienten. Gut ist dieses Geschäft nur für die Krankenhauskonzerne. Das zeigt die Erfahrung in zahllosen Fällen. Auch so etwas, das man wissen kann, wenn man nur will. Gesundheit ist Menschenrecht. Gesundheit darf keine Ware sein.

Aber es gibt auch positives zu vermelden. Seit Jahren fordern wir, Flüchtlinge in Wohnungen statt in Heimen unterzubringen. Vor allem aus humanitären Gründen, aber auch, weil es günstiger ist. Inzwischen hat sich die Idee zumindest ansatzweise durchgesetzt. Wir fragen uns nur, warum das so lange dauern musste.

In den Bereichen Jugendgerichtshilfe sowie Pflege- und Wohnberatung sollen Aufgaben wieder in den Schoß der Stadt zurückgeholt werden. Obwohl wir das im Prinzip begrüßen würden, können wir den Vorschlägen der Verwaltung so nicht zustimmen. Diese Lösung zielt auf Personaleinsparung, Arbeitsverdichtung und würde das „Aus“ für den erprobten und bewährten Ansatz der stadtteilbezogenen sozialen Arbeit bedeuten. Das halten wir für falsch, aber auch für unklug. Denn damit verzichten wir potentiell auf viele Fördergelder. Die Vorschläge der Träger, die diese Arbeit bisher gut gemacht haben, ermöglichen eine Fortführung der stadtteilbezogenen sozialen Arbeit. Diesen Standard müsste eine Lösung der Stadt ebenfalls erhalten.

Und Sie, Herr Böll-Schlereth möchten den gemeinsamen Gürtel enger schnallen und unseren Ferrari gegen einen Porsche tauschen. Als ich das in der Zeitung gelesen habe, konnte ich nur den Kopf schütteln. Sie vergleichen unsere Kunst- und Musikschule mit einem Luxusgut. Würde das zutreffen, würde ich Ihnen nicht nur zustimmen. Ich würde sagen: Es reicht auch ein Opel.

Aber das ist falsch. Wenn wir von der Kunst- und Musikschule reden, dann sprechen wir von Kultur, von Lebensqualität, von der Attraktivität unserer Stadt. Wir waren einmal die drei Bäderstadt. Wir sind immerhin noch die Stadt mit der besten Musikschule in NRW. Wenn Sie so weitermachen, sind wir bald eine Wüste mit Neubaugebieten und Autobahnanschluss. Was glauben Sie eigentlich, warum es sich lohnt, in Velbert zu leben?

Die Kunst- und Musikschule hat übrigens in den vergangenen Jahren den Mut bewiesen, der Ihnen fehlt: Die Kürzungen des städtischen Zuschusses wurden nicht durch Kürzung des Angebotes, sondern durch Ausweitung des Angebotes kompensiert. Auch das geht, meine Damen und Herren. Aber natürlich nicht unendlich. Die jetzt angedachten Kürzungen drohen

hier, eine Negativspirale von eingeschränktem Angebot, einbrechenden Einnahmen und neuen Einschränkungen im Angebot in Gang zu setzen.

In das Forum Niederberg, auch eine Kultureinrichtung, soll ein privater Investor hineingenommen werden, der dort ein 5 Säle Kino einrichten will. Auch DIE LINKE will ein Kino für Velbert. Aber werden wir denn niemals schlau? Städtische Millionen ausgeben in der Hoffnung auf einen Großinvestor, der kommt, oder auch nicht, der bleibt oder auch nicht? Und wenn es schief geht, dann stehen wir da mit einem Gebäude, das sich wirklich für nichts anderes mehr verwenden lässt. Wie gehabt liegt das Risiko bei der Stadt, die Gewinnchance beim Investor.

Mit den Stadtbibliotheken ist eine weitere wesentliche Kultureinrichtung vom Rückbau betroffen. Zwar redet hier niemand von Schließung. Aber Räumlichkeiten und Öffnungszeiten werden zusammengestrichen. Das im Haushalt eingestellte Geld für die Erneuerung der Bücher ist vollkommen unzureichend. Am Ende wird es für ein ordentliches Angebot nur noch an einem Standort reichen.

Das gleiche Spiel wird auch bei den Bürgerbüros getrieben. Immer weniger Öffnungstage, immer weniger Leistungen. Die WAZ hat das treffend als Salamtaktik beschrieben. Immer noch ein Stückchen abbauen. Gerade soviel, dass niemand auf die Barrikaden geht. Aber am Ende ist dann doch alles weg.

In der Schulpolitik hingegen hat man wie ein Ertrinkender an der Sekundarschule festgehalten. Die Bevölkerung in Velbert will aber eine weitere Gesamtschule. Die Bevölkerung in Velbert-Neviges braucht eine weiterführende Schule. Dank Ihrer Schulpolitik fehlt uns nun beides. DIE LINKE steht weiterhin als einzige ohne Wenn und Aber zu einer Gesamtschule für Neviges.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Haushaltspolitik in unserer Stadt läuft darauf hinaus, eine Einrichtung unserer Stadt nach der anderen zu schleifen. Rückbau und Zentralisierung. Das ist ein Desaster. Dieser Haushalt schneidet eine weitere Scheibe ab von all dem, was unsere Stadt lebenswert macht.

Und dann höre ich: „Aber ist ja gut, dass wir die Gewerbesteuer nicht anfassen mussten“. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie: Eine reine Gewinnsteuer mit hohen Freibeträgen. Die einzige Stelle, an der wir getrost zulangen könnten. Da verschenken wir jedes Jahr Millionen. Den stärksten Schultern, den erfolgreichsten Unternehmen erlassen wir ihre Beteiligung an der Haushaltskonsolidierung. Ich erinnere mich noch, wie wir vor ein paar Jahren vergeblich darum gekämpft haben, wenigstens die 2.000 Euro für das Schulmittagessen armer Kinder im Haushalt stehen zu lassen. Dieses Jahr sind andere dran, aber es sind immer die Leistungen für Gering- und Normalverdienende, die gestrichen werden. Diejenigen, die nicht auf die öffentliche Hand angewiesen sind, kommen ein ums andere mal ungeschoren davon. Die Gewerbesteuer ist seit über 10 Jahren nicht angehoben worden. Und darauf sind Sie auch noch stolz.

Meine Damen und Herren, diese Aufzählung ist nicht erschöpfend. Aber sie macht hoffentlich deutlich, warum wir diesen Haushalt ablehnen. Er ist geprägt von Rückbau und Selbstbeschränkung. Von Mut- und Ideenlosigkeit. Er belastet die Schwachen und schont die Starken.

Einem solchen Haushalt können wir nicht zustimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dirk aus dem Siepen, Vorsitzender der UVB-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die „UVB“ ist bei der Kommunalwahl unter dem Motto angetreten, wir sehen die Stadt mit Ihren Augen, deshalb besteht Velbert für uns nicht nur aus Mitte sondern auch aus Neviges und Langenberg. Probleme müssen und sollen in erster Linie dort entschieden werden, wo sie entstehen! Die notwendigen Entscheidungen müssen von den Menschen getroffen werden, die am nächsten dran und davon betroffen sind. Heute haben wir über einen Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 zu befinden, und versuchen trotz diverser Sparmaßnahmen unsere Stadt für Alt- und Neubürger attraktiv zu halten und zu gestalten. Hier hat es in den letzten Jahren allerdings leider Entschlüsse gegeben, die einer sinnvollen Entwicklung unserer Kommune entgegenstehen. Unsere Nachbarstädte sind uns bei der Gestaltung ihrer Innenstädte um Jahre voraus. Wir dürfen uns hier nicht weiter abhängen lassen, Aus diesem Grund müssen wir auch bereit sein, neue, und bisher stets abgelehnte Wege zu gehen. Dies trifft unserer Meinung nach, besonders bei Zielsetzung der Wirtschaftsförderung und der VMG zu. Die Wirtschaftsförderung hat nicht nur Hilfestellung für die Eigentümer der Ladenlokale zu leisten, wo jetzt lediglich Leerstand verwaltet wird, sondern hat sich auch anderwärts zu bemühen, denn einen Mittelplatz im Mittelstädte-Ranking der IHK Düsseldorf landesweit unter 181 Kommunen Platz 91 zu belegen, mit fallender Tendenz, kann auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein! Wenn dann auch noch der Chef des Fachbereichs Stadtentwicklung behauptet, wir sind zwar nicht abstiegsbedroht, aber weit von der Meisterschaft entfernt, gibt uns das stark zu denken. Die VMG muss dringend konzeptionell verändert werden, mit einer kompetenten Führung ausgestattet oder in die Wirtschaftsförderung integriert werden! Das Velbert Marketing darf sich nicht nur mit Mitte, sondern muss sich auch mit den Quartieren Neviges und Langenberg beschäftigen. Wir sind überdies der Meinung, dass sich diese beiden Stadtteile touristisch hervorragend vermarkten ließen, wenn man es nur wollte. Natürlich müssen wir sparen, oder sollten wir besser sagen, Kostenumschichtungen zur Haushaltssanierung vornehmen? Daher halten wir auch die Vorschläge des Gemeindeprüfungsamtes (GPA) für sinnvoll und machbar. Lasst es uns doch versuchen, Aufgaben direkt von der Verwaltung übernehmen zu lassen! Wir halten die Neugeborenenbegrüßung, die Jugendgerichtshilfe, die Wahrnehmung der Pflege- und Wohnberatung sowie die Zusammenlegung der Beratungsstelle Zinnober mit der städtischen Erziehungsberatungsstelle bei der Verwaltung zum Beispiel als durchaus sinnvoll untergebracht. Da aber bei der Fachberatungsstelle Zinnober e.V. der Verein auf 26100,00 EUR Honorar verzichtet, sollte man dies in seiner jetzigen Form weiter laufen lassen. Auch bei der Pflege- und Wohnberatung in Velbert, können wir dem Vorschlag der Verbände folgen. Andererseits ist eine Schließung, oder weitere Ausdünnung der Serviceleistungen der Stadtteilbüros gegenüber den Bürgern nicht zu vertreten. Jedoch haben wir sowohl bei der Musik- und Kunstschule wie bei der VHS dringend Einsparungen vorzunehmen. Es ist bei den vielen Reduzierungen die anstehen, niemandem zu vermitteln, dass wir uns die teuerste Musikschule in Nordrhein Westfalen leisten. Es muss hier das Angebot optimiert werden und die gesamte Organisation überarbeitet werden. Es sollten dort Musiklehrerstellen abgebaut und durch kostengünstigere Absolventen der Folkwangschule ausgeglichen, das Raumkonzept überarbeitet, und weniger Einzelunterricht gegeben werden. Wir fordern auch aus Kostengründen die sofortige Verlagerung des JEKi-Konzepts auf ausschließliches Sponsoring Wir sind der Meinung, dass dies auch in Sachen Schloss-und Beschlage Museum geschehen sollte. Wir können uns ein so defizitäres Museum nicht ohne Unterstützung von außen weiter leisten! Man sollte versuchen, es in die Obhut der Schloss und Beschlage Industrie (Schlüsselregion?) zu geben, denn dort gehört es hin. Mit der Reduzierung um 2 Dezernenten Stellen, sind wir auf dem richtigen Weg, wobei wir hoffen, dass unser Bürgermeister die nun für ihn zusätzlichen Aufgaben auch bewältigen kann.

Gleichzeitig haben wir uns einmal hingesezt und nur den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales etwas genauer betrachtet. Allein dort gibt es ein Ungleichgewicht bei den ordentlichen Aufwendungen. Diese Ausgaben waren in 2010 auf 32,4 Mio. € geplant, und 2015 sollen es 44,3 Mio. werden. Ordentliche Erträge hingegen gab es 2010 12,5 Mio. € und 2015 sollen 17,1 Mio. € kommen. Wir haben eine Steigerung bei den Ausgaben von 2010 auf 2015 von fast 12 Mio. € und bei den Einnahmen eine Erhöhung von mal eben 4,6 Mio. €. Die Schere zwischen geforderten Ausgaben und fehlenden Einnahmen in diesem Fachbereich 5 spreizt sich immer weiter. Auch wenn man annimmt, dass es sich hier um Sozialleistungen handelt, für deren Erbringung die Stadt Velbert im Wesentlichen keine direkte Verantwortung trägt, fragen wir uns, wie soll es weiter gehen? Irgendwann hat unser Gemeinwesen keine freiwilligen Leistungen mehr zu verteilen, denn seit fünf Jahren wurde uns bei jeder Haushaltseinbringung ein Sparpaket aufs Auge gedrückt, um überwiegend freiwillige Leistungen an die Bürger zu reduzieren. Aller Optimismus in Ehren, dass die Gewerbesteuer auf Dauer weiter so sprudeln wird, indes diese Auffassung teilen wir nicht. Deshalb halten wir im Moment eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer für sinnvoll und unumgänglich. Noch etwas ist uns aufgefallen. Wenn man sich die Personalkosten ansieht, dann fällt Folgendes auf. Die Kosten steigen von 2014 auf 2015 allein in den 7 Fachbereichen von 38,9 Mio auf 40,3 Mio, also um 1,4 Mio bei einer Reduzierung des Personals um etwa 20 Leute. Leider berücksichtigt die aktuelle Haushaltsplanung nicht die bereits verabschiedeten Gehaltserhöhungen, ab 2016 kalkuliert 1,0%, tatsächlicher Abschluß 2,3%.

Sicherlich könnten wir hier noch zu vielen Themenfeldern unsere Auffassung darlegen und Sachverhalte wie in Velbert Politik gemacht wird aufzeigen, denn bis heute fehlt uns hier eine nachhaltige Stadtentwicklung trotz vielfältiger und teurer Gutachten, im Sinne einer vorausschauenden Politik.

Wir sind der Meinung der ganze jetzt vorgestellte Haushalt beruht auf Hoffnungen und Wünschen. Er ist unserer Meinung nach weder in seiner Höhe ausreichend noch besteht die Hoffnung, dass wir nicht wieder in einem halben Jahr hier sitzen, und einen Nachtragshaushalt zur Verabschiedung vorgelegt bekommen werden. Daher lehnen wir den Haushalt in seiner jetzigen Form ab. Nichts desto trotz danken wir den Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Mitarbeit und würden uns wünschen, dass sie endlich mal nach Jahren wieder Erfolgsergebnisse hätten.

Martin Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Die PIRATEN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Ratskollegen, liebe Velberter,

zum ersten Mal dürfen wir Piraten über den Haushalt der Stadt Velbert mitentscheiden und vor dieser Verantwortung werden wir uns nicht drücken.

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf ist nicht der große Wurf, doch er entspricht der Notwendigkeit der jetzigen Haushaltslage.

Wir können uns mit den meisten zusätzlichen Maßnahmen des Haushaltssanierungsplans anfreunden, denn wir sind der Meinung, dass die Stadt Velbert selbstständiger werden muss und sehen es deswegen als notwendig an, dass die Stadt sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren sollte.

Was uns jedoch nicht gefällt, sind die Einsparungen im sozialen Bereich und bei der Bildung.

In den anderen Bereichen gehen uns die Sparmaßnahmen noch nicht weit genug. Da ist noch mehr Musik drin!

Damit meinen wir allerdings nicht die Musik- und Kunstschule, denn pauschale, unbedachte Kürzungen würden dieses gute Angebot kaputtmachen.

Keine Bildung ist zu teuer!

Die Modernisierung der digitalen Infrastruktur an Schulen und in der Verwaltung, wie sie im Haushalt festgeschrieben werden soll, halten wir für überaus wichtig!

Die Verwaltung muss technisch endlich in diesem Jahrhundert ankommen. Deswegen sehen wir eine Modernisierung der Verwaltungsstruktur und Optimierung der Arbeitsabläufe als dringend notwendig an. Dabei ist unbedachter Stellenabbau zu vermeiden und es darf dabei zu keinem Serviceabbau für den Bürger kommen. Nicht jede Stelle, die frei wird, ist automatisch überflüssig. Mehr Transparenz ist in diesen Bereich dringend notwendig. Dies zu organisieren ist Ihre Aufgabe, Herr Bürgermeister.

Mehr Transparenz ist auch bei der Ratsarbeit notwendig. Überraschungstagesordnungspunkte, Tischvorlagen, verschobene Termine und spät veröffentlichte Protokolle - für all das findet sich immer irgendeine "Begründung"! Wir sehen das als Behinderung unserer Arbeit an und fordern, dass dieses abgestellt wird.

Mehr Geld für die Eingliederung und eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen - auch diesen Punkt halten wir für wichtig. Noch sind wir da, im Vergleich mit anderen Städten, relativ gut aufgestellt. Dies darf sich nicht verschlechtern. Deswegen sollten die Flüchtlinge schneller in Wohnungen untergebracht werden.

Wie soll Velbert weiterentwickelt werden?

Der Umbau zu einer Wohnstadt kann nicht die Lösung für die Zukunft sein.
Wir brauchen klare Ziele.

Möglichst keine neuen Schulden und die vorhandene Schuldenlast reduzieren, um finanzielle Spielräume zu schaffen, sollte eines dieser Ziele sein.

Auch die Entwicklung des Handlungskonzeptes für die Aktivierung der Innenstadt könnte erste Ansätze schaffen. Doch wie geht es in den Stadtteilen Langenberg und Neviges weiter?

Wie kann der öffentlichen Personen-Nahverkehr verbessert werden?

Was wird aus dem Klinikum Niederberg?

Wie geht es mit der Entwicklung der Schullandschaft weiter?

Was wird aus dem Gelände „Marktzentrum“?

Hat der Ausbau des Tourismus in Velbert eine Chance?

Wie wird das kulturelle Leben in Velbert in der Zukunft aussehen?

Wir haben jede Menge Fragen, denn wir sind uns bewusst, dass wir für die nächsten Jahre jede Menge Baustellen haben. Dafür benötigen wir einen funktionierenden Haushalt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Helmut Stiegelmeier, Vorsitzender der Fraktion Soziales Neues Velbert

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

nach der Einführung des NKF befand sich der Patient "Stadt Velbert" mit einem leichten Schwächeanfall in Behandlung. Das damalige Ärzte-Team aus Verwaltungsspitze und CDU-SPD hat den Patienten Stadt bis heute immer neue Bypässe gelegt, haben an überflüssigen Organen herumgeschnibbelt, anstatt die Ursache der Krankheit zu behandeln!

Etlliche alternative Heilungsvorschläge wurden in der Vergangenheit von den kleineren Parteien wie den Grünen und Wählergemeinschaften SLB / UVB aufgezeigt, wie z.B. Verwaltungsspitze zu verschlanken -weniger Beigeordnete, Kürzung der Fraktionszuwendungen und Streichung der Übernachtungskosten, Auflösung der VMG, Reduzierung der Wifö, Tochtergesellschaften der Stadt zu untersuchen nach Einsparungen und diese nicht zu benutzen um städtische Ausgaben unterzubringen - diese und noch mehr Vorschläge wurden einfach seitens einer Überheblichkeit aus CDU, SPD und Verwaltungsspitze ignoriert.

Die dadurch entstandenen Fehlentscheidungen der letzten Jahre vor Ort sind:

1. nicht die objektiven finanziellen Möglichkeiten der Stadt, sondern die politisch-ideologische Zielsetzung der CDU-SPD Ratsmehrheit (zum Teil ohne den Beistand der anderen Fraktionen) haben in der Vergangenheit die Ausgabenpolitik der Stadt bestimmt und gelenkt!
2. auch in Zeiten sprudelnder Geldquellen und günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen waren Verwaltung und die Ratsmehrheit nicht bereit, Rücklagen für krisenhafte Zeiten und unerwartete Aufgaben zu schaffen.
3. keine der beiden großen Ratsfraktionen weder CDU noch SPD, war bisher in der Lage, zur Lösung der Velberter Haushaltsmisere/Krankheit eine auf Dauer angelegtes Sanierungskonzept vorzulegen, das eine klare Prioritätenabfolge aufwies.
4. die Faszination von in Aussicht gestellten Landeszuschüssen, die Gier nach Fördergeldern (die letztlich auch Steuergelder sind), hat immer dazu geführt, dass der Patient Stadt in Projekte einstieg (zuletzt Wehranlage Schloss Hardenberg - über 1-Mio €, die den eigenen Haushalt kurz oder langfristig durchlöchert.
5. Populismus und Gefälligkeitswechsel Anträge einiger Fraktionen hatten Vorrang, vor verantwortungsvoller Haushaltspolitik. Sämtliches Wunschdenken der beiden großen Fraktionen wurde in der Vergangenheit ohne Murren, unkritisch seitens der Verwaltungsspitze aufgenommen. Nur ein Beispiel von vielen "mindestens 5mal Änderung der Nutzungsplanung des Schlosses Hardenberg" oder Forumsplatz Planung x-Mal immer was neues und das kostete Steuergelder in Millionen Höhe.

Meine Damen und Herren,
der Höhepunkt der Überheblichkeit und Selbstüberschätzung, war die Planung des Einkaufszentrum - man hat sich blenden lassen von Top Managern und dadurch Steuereinnahmeverluste, unnötige Kosten und eine Innenstadtsterben in Kauf genommen - alle Warnungen die von etlichen Seiten auch von Fachzeitingen zu Marktzentren kamen wurden einfach ignoriert!

Beide Koalitionspartner haben sich anscheinend daran gewöhnt, im Hinblick auf den Haushalt "von der Hand in den Mund " zu Leben und immer wieder falsche Diagnosen in die Zukunft gestellt Dieses kann man an den jeweiligen Inhalten der Haushaltsreden der letzten Jahren nachlesen.

Ein Eingreifen, ein Stopp, unseres ehemaligen Kämmerers oder Bürgermeister Freitag kam nicht!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

es ist ernüchternd heute festzustellen, dass die CDU als stärkste Fraktion im Rat unter der Führung von Herrn Bolz in den letzten 10 Jahren ihren guten Ruf als wirtschaftskompetente Fraktion verwirkt hat. Es ist versäumt worden, die heutigen zum größten Teil vorgeschlagenen Maßnahmen, vor etlichen Jahren schon umzusetzen, wo der Patient "Stadt Velbert" sich noch nicht auf der Intensivstation befand. Wir würden heute wirtschaftlich um etliche Millionen Euro besser da stehen! Diesen Schuh müssen Sie sich als Fraktionsvorsitzender der CDU anziehen, Herr Bolz!

Die neue Verwaltungsspitze in Velbert muss gezwungenermaßen einen Doppelhaushalt 2015/2016 im Rat einzubringen.

Dadurch versucht die Verwaltung dem drohenden Exitus der Stadt entgegenzutreten. Es wurden nun erstmalig die richtigen Schritte eingeleitet, wenn auch nur Zaghafte aber die Signale nach draußen stimmen!

Meine Damen und Herren,

nicht nur in der Verwaltungsebene braucht man ein Neubeginn sondern, auch hier im Rat brauchen wir einen neuen Wind, damit der Patient Stadt Velbert schneller gesund wird. Die alte große Koalition aus CDU / SPD unter der Chef-Führungsregie von Herrn Bolz mit den „Ja“-Sagern der FDP hat sich meiner Meinung nach in den letzten 10 Jahren hier im Rat abgenutzt.

Die Liberalen haben sich endlich dank Herrn Hilgers und seinem Team abgenabelt von der CDU, wonach die CDU offensichtlich ein Ersatz gefunden hat, durch Herrn Tonscheid von Velbert anders. Als einer der drei Wirtschaftsretter!

Es wirkt schon lächerlich, dass die CDU als größte Fraktion über 10 Jahre mit Unterstützung der Verwaltung die Stadt immer weiter in eine Schuldenmisere geführt hat und jetzt öffentlich als Retter auftritt! SPD und Velbert Anders Herr Tonscheid sitzen brav dabei !

Dazu liebe Freunde der SPD, da müsst Ihr und da braucht ihr nicht mitmachen!

Herr Boll-Schlereth Sie als Fraktionsvorsitzender der SPD Fraktion, hätten es nun in der Hand, den Velberter Bürgern zu zeigen dass Sie als zweitstärkste Fraktion im Rat, jetzt Führungsqualität vorweisen und auch dort mit Mut voran gehen, wie die neue Velberter Verwaltungsspitze.

Sie haben doch mit Herrn Volker Münchow als Landtagsabgeordneten und erfahrenem Ratsmitglied mehr als nur eine tatkräftige Unterstützung.

In Anbetracht dass die restlichen kleineren Fraktion im Rat sehr sachbezogen entscheiden und nicht wie bei der CDU öfters mal „Fraktionszwang“ besteht, hätte die SPD Fraktion bestimmt eine breite Mehrheit hinsichtlich eines Neuanfanges!

Liebe Fraktionsspitze der SPD erinnern sie sich bitte wieder daran, warum wir alle hier sitzen, "weil die Bürgerinnen und Bürger sich von uns eine bessere Zukunft für sich und unsere Stadt erhoffen". Haben Sie Mut von der SPD nach über 10 Jahre Führung der CDU im Rat, diese Chance zu ergreifen!

Wir die Fraktion Soziales Neues Velbert werden uns für eine Politik einsetzen, die sich an den Bedürfnissen der Stadt orientiert. Es ist müßig, in Zeiten leerer Kassen Forderungen zu stellen, die nicht bezahlbar sind.

Vielmehr reichen wir allen Fraktionen in der Stadt die Hand für eine vernünftige und vorausschauende Haushaltspolitik. Das haben wir immer so gesagt und das gilt auch in Zukunft.

Die Verwaltung hat mit Ihnen Herr Bensch als Kämmerer und unseren neuen Bürgermeister Lukrafka, Personen an die Spitze gesetzt, die hoffentlich diesen eingeschlagenen Weg weiter gehen werden.

Denn der Patient „Stadt Velbert“ ist noch lange nicht über den Berg. Genauso wie unseren zweiter „Patient“ Klinikum Niederberg, wo wir es richtig finden, einen Schnitt zu machen und mit einem Neubau dieses Klinikum zukunftsfähiger zu gestalten.

Für uns, meine Damen und Herren, gibt es Bereiche, wo wir aus Überzeugung nicht sparen wollen: Dies sind die Bereiche Soziales und Bildung. Die Stadt Velbert nennt sich familienfreundliche Stadt und wir nehmen dies sehr ernst. Insbesondere ist uns hier wichtig, dass im Bereich Betreuung von Kindern und im Bildungsbereich nicht gespart wird. Hier wollten wir heute mit Ihnen bei den Gebühren für die Offene Ganztagsbetreuung ein Zeichen setzen – Entlastung von Familien mit geringem Einkommen bei nur geringerer Erhöhung der Gebühren bei höheren Einkommen. Wir nennen dies Soziale Gerechtigkeit meine Damen und Herren der SPD – früher verfolgten Sie ähnliche Ziele.

Im Gegenzug haben wir keine Bedenken in angemessener und rechtlich unbedenklicher Höhe die Vergnügungssteuer für Spielautomaten zu erhöhen damit hierdurch Mehreinnahmen generiert werden.

Das Thema Sparen hat aber bei uns ebenfalls höchste Priorität. Insbesondere müssen wir alle gemeinsam in uns gehen und prüfen, welche Art von Kulturveranstaltungen wir hier in Velbert zwingend haben müssen. Hierbei gilt für uns die goldene Regel – wir wollen nicht mit den Großstädten in der Nachbarschaft konkurrieren. Wir wollen eine Kultur mit Augenmaß.

Nun komme ich insbesondere hier im Rat auf ein sehr emotionales Thema – Fraktionszuwendungen. Wir alle hier leisten gute Arbeit und sind trotz teilweise differierenden Meinungen bemüht unsere Stadt weiter zu bringen und liebe Velberterinnen und Velberter Demokratie kostet auch Geld. Die Fraktionen haben in den letzten Jahren Einsparungen erzielt, aber liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam weiter schauen, wo Einsparpotenziale sind. Gerade wir als kleine Fraktion wissen, wie schwierig es ist mit den Fraktionszuwendungen zurecht zu kommen, aber für uns ist auch klar - wir wollen und müssen Vorbild sein und den Gürtel enger schnallen, denn es werden noch in den nächsten Jahren Einsparungen in ganz vielen anderen Bereichen notwendig werden.

Ein lebenswichtiges Thema wie Stadtplanung und –Entwicklung wird in Velbert nach unserer Ansicht nicht hinreichend zukunftsorientiert betrieben. Hierbei möchte ich insbesondere auf das Ziel der Ansiedlung von neuen Unternehmen in Velbert hinweisen. Welche Maßnahmen wurden in diesen Bereichen bisher getätigt? Sind wir hinreichend vorbereitet auf den Ausbau der A44 – werden wir dann unseren Standortvorteil nutzen? Werden bereits Pläne für die Ansiedlung von Unternehmen Nähe der Autobahn gemacht? Wo bleiben die Konzepte für unsere Innenstadt – wartet die Wirtschaftsförderung auf eine Offerte das „Centro“ oder „Limbecker Platz“ nach Velbert zu holen oder gibt es Konzepte mit Augenmaß zugeschnitten auf unsere Stadt?

Wir haben, meine Damen und Herren, die Errichtung des ZOB in Velbert positiv begleitet und werden dies auch insbesondere bei den weiteren Planungen von Buslinien im ÖPNV tun. Dies ist eine richtige Entscheidung gewesen und bringt den Velberterinnen und Velbert tatsächlich einen Mehrwert – wir freuen uns auf September 2015, wenn der ZOB den Betrieb aufnimmt.

Meine Damen und Herren Herr Bürgermeister,

obwohl im Haushalt noch einige Unwägbarkeiten vorhanden sind und es noch nicht klar erkennbar ist, wer die Ratsmehrheit anführt und in welche Richtung die Ratsmehrheit eigent-

lich hinwill, werden wir dem Doppelhaushaltsentwurf 2015/16 mit etwas Bauchschmerzen zustimmen.

Wir hoffen, dass die neue Verwaltungsspitze diese Vorschlusslorbeeren verdient und dass wir den Patienten "Stadt Velbert" von der Intensivstation in naher Zukunft entlassen können.

Vielen Dank an die Verwaltung und Danke für Ihre Aufmerksamkeit !